dustrie Einbuße erleiden? So daß gewisse Gegenden sich nicht mehr den Luxus leisten können, in fast jedem Dorfe eine Zuckerfabrik zu unterhalten, deren Kampagne 6 bis 8 Wochen dauert, damit sich die kostspieligen Anlagen dann den Rest des Jahres über ausruhen! Einmal werden auch die ausländischen Viehzuchtgebiete so weit sein daß sie der laufenden Zufuhr deutschen Hochzuchtbutes nicht mehr bedürfen. Die Pferdezucht kann sich schon heute keinem Zweifeln darüber mehr hingeben, daß ihre schönste Zeit für immer dahin ist. Auch der Bauer wird eben erfahren müssen — mehr als bisher — daß alle profitwirtschaftlichen Freuden hinieden vergänglich sind. Und je mehr der Prozeß der landwirtschaftlichen Arbeitsteilung, der Spezialisierung fortschreitet, um so mehr werden Teilkrisen und Konjunkturrückschläge den Landmann heimsuchen, für die er nicht immer wieder nur mangelnden Zollschutz und andere agrarpolitische Fehler vorschützen kann. Durch solche Einzelkrisen, wie sie heute den ostpreußischen Kartoffelbau, morgen den Roggenbau heimsuchen, wird keineswegs grundsätzlich die Gesamtkrisen größeren Stils unterbunden. Vielmehr wird die Landwirtschaft an allen Schattenseiten des Weltmarktes sich beteiligen dürfen. Und draußen wird die technische Entwicklung ganz gewiß nicht stillstehen, also auch die Konkurrenz nicht.

Der Vorsprung der leidigen Konkurrenz aber ist offenkundig. Der Landwirt in Uebersee war immer ein Gegenwartskind war von vornherein auf den Weltmarkt eingestellt, verstand von Hause aus schon kapitalistisch zu denken und genoß schon früh die technischen Vorzüge des Großbetriebes. Michel aber schickt sich eigentlich erst in unseren Tagen an, die Hemmnisse der Kleinbauernideologie, das Stadium der Familienversorgung zu überwinden. Es ist der Vorzug einer ökonomischen Phasenverschiebung, der die deutsche Landwirtschaft erst jetzt dem technischen und organisatorischen Fortschritt der Industrie im allgemeinen und der überseeischen Landwirtschaft im besonderen folgen läßt. So ist es auch zu verstehen, daß unsere mehr als reaktionären Agrarier erst jetzt die moderne, zeitgemäße Form des kapitalistischen Staates begreifen, ihre Repräsentanten, die Deutschnationalen, drängen die Regierung. Die Agrarier sind ehrlich bemüht, sich und ihre Einstellung zur Welt zu modernisieren.

Die Landwirtschaft schickt sich an, mitbestimmend einzugreifen in die Entwicklung der Dinge des Staates. Sie möchte nun auch der eigentlichen Errungenschaften der Revolution teilhaftig werden, nachdem die oppositionelle Strategie der Putsche längst ad absurdum geführt wurde. Diese Neueinstellung steckt sich mit der hochkapitalistischen Mobilisierung der Landwirtschaft auf die im Interesse der Belebung des Binnenmarktes alle Kräfte gerichtet sind. Es ist wohl sicher, daß mancher industrielle und staatspolitische Wunsch in Erfüllung gehen wird. Daß aber ein Aufschwung der Landwirtschaft geeignet sein wird, grundsätzlichen Wandel in der Lebensfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung herbeizuführen, also dauernde Verjüngung zu bewerkstelligen, gestatten wir uns, mit konstanter Bosheit zu bezweifeln.

Der ungültige Landtag

Und der gültige Alte-Herren-Konvent.

Nach § 1 der Weimarer Verfassung geht alle Macht vom Volke aus. Wie, hat soeben das höchste deutsche Gericht demonstriert. Der Staatsgerichtshof des Deutschen Reiches hat entschieden, daß die sächsischen Landtagswahlen vom 31. Oktober 1926 ungültig sind weil das sächsische Landeswahlgesetz mit seiner Bestimmung, die die Zulassung des Wahlvorschlages einer neuen Partei von der Erlegung einer Kaution von 3000 Mk. abhängig macht, eine grundsätzliche Bestimmung der Reichsverfassung verletze und damit selbst fehlerhaft sei. Nach dem Beschluß des Reichsgerichts vom 23. November 1928 hatte die sächsische Regierung bereits von sich aus die Ungültigkeit jener Bestimmung ihres Wahlgesetzes anerkannt und wohl im Stillen gehofft, daß nunmehr auch die Parteien zufrieden sein würden.

Die Sozialdemokratie, die ihre Zustimmung zu dem 3000-Mark-Paragraphen gegeben hatte, war aber mit der Koalition — die von Deutschnationalen bis zu den „Altsozialisten" geht — unzufrieden, und bestand auf der Ungültigkeitserklärung des Landtags. Sie war also gegen ihr eigenes Werk unzufrieden und holte als Argument dieses Eisen aus dem Feuer. Und da gegen die Sozialdemokratie nicht regiert werden kann — entschied der höchste Gerichtshof nach ihrem Wunsche und erklärte den Landtag für ungültig. Soweit scheint die Sache in der Linie jener Demagogentricks zu liegen, die dem Parlament resp. dem „Volke" irgendeine gesetzgebende Funktion andichten. Den Schönheitsfehler, daß diese Entscheidung einige alte Herren des „alten Systems" getroffen haben, könnte man in diesem Falle unter Umständen übersehen.

Das dicke Ende kommt aber nach. Der Staatsgerichtshof hat die Landtagswahlen für ungültig erklärt, nicht aber den Landtag selbst für ungesetzlich. So lange dieser am Leben gewesen sei, sei seine Tätigkeit anzuerkennen. Dieser Begründung sieht man die Verlegenheit an. Denn wenn der Landtag für ungültig erklärt worden wäre, dann wären auch sämtliche von ihm geschaffenen Gesetze ungültig gewesen. Dann müßten die Minister ihre Gehälter zurückerstatten, die Abgeordneten ihre Diäten. Dann hätte der „Freistaat" Sachsen zweiundeinhalbes Jahr lang überhaupt kein verfassungsmäßiges Dasein gehabt. Da nun aber, juristisch wie nach dem berühmten „gesunden Menschenverstand" ein ungültiger, ungesetzlicher, d. h. ein in Wirklichkeit gar nicht existierender Landtag auch keine gültigen Gesetze machen kann, so hat diese Gesetze der oberste Gerichtshof einfach auf seine Kappe genommen. Der Staatsgerichtshof hat 2½ Jahre hindurch Sachsen regiert!

Das ist das „parlamentarische Regime" ohne Badehose. Warum nun aber den großen Regierungs- und Parlamentsapparat mit seinem in die Hunderte von Millionen Mark gehenden Etat aus Arbeitersteuern, wenn dies einige alte Männer ebenso gut machen?

Warum, Michel?

Warum die Papierschlachten, die Wahlmanöver, die Redeschlachten, das monatelange Einexerzieren der Wahlrekruten?

Kollontay auf der Kronprinzenhochzeit

In Norwegen ist dieser Tage die Hochzeit des Kronprinzen mit einer schwedischen Prinzessin gefeiert worden. Die Festlichkeiten, die über eine Woche dauerten, sahen als Gast auch die bolschewistische Botschafterin in Oslo, Frau Kollontay, die sich rühmt, immer 40 Kleider und Kostüme nach der neuesten Pariser Mode vorrätig zu haben. Der „Frankfurter Zeitung" wird aus Stockholm folgendes berichtet:

„In politischen und diplomatischen Kreisen des Nordens soll man sich darüber amüsiert haben, daß **Frau Kollontay**, die Gesandtin der Union der sozialistischen Räterepublik in Oslo, mit Eifer der Erfüllung ihrer diplomatischen Pflichten während der Festtage obgelegen hat. Vor den Festlichkeiten hatte man geglaubt, daß Frau Kollontay vielleicht eine diplomatische Krankheit bekommen oder rechtzeitig dringend benötigten Erholungsurlaub nehmen würde. Das war aber falsch geraten. Dem Osloer Sonderkorrespondent der Stockholmer konservativen „Nya Dagligt Allehanda" ist es sogar gelungen, Frau Kollontay über ihre **Eindrücke von den Festlichkeiten** zu befragen. Sie berichtete, die russischen Diplomaten haben zwar ihre Auffassung über die andachts- und stimmungsvolle Vermählungszeremonie in der Erlöserkirche nicht recht Ausdruck geben wollen. Sie habe es statt dessen vorgezogen, sich auszulassen über **das schöne und intime Frühstück** und die wirklich **angenehme Stimmung**, die dort geherrscht habe."

Das ist eben der Jammer, daß die Arbeiter nichts von „roter Diplomatie" verstehen, wo dies doch so einfach ist. Wenn einen schönen Tages ein Töchterlein eines russischen Regierers einen der letzten Königssöhne heiratet, und die „Rote Armee" dem jungen Paar die fälligen Ehren erweist, werden trotz aller leninistischer Schulung bestimmt immer wieder „linke Abweichungen" auftauchen. Ein Jammer ist es eben, daß die Arbeiter nicht begreifen wollen, wie eigentlich Revolution gemacht wird.

Wirtschaft

Die Textilwirtschaftskrise

Stillegungen in der Baumwollindustrie.

Nachdem eine ganze Anzahl von Spinnereien und Webereien ihre Produktion um über 20 Prozent eingeschränkt hatten, beabsichtigten die Spitzenverbände, nämlich der Arbeitsausschuß der Deutschen Baumwollspinnerverbände und der Gesamtverband Deutscher Baumwollwebereien, Anfang dieses Jahres eine generelle Produktionseinschränkung von 25 Prozent vorzunehmen. Dieser Antrag stieß jedoch auf den Widerstand der sächsischen Betriebe, die zu dieser Zeit noch einigermaßen beschäftigt waren. Inzwischen hat sich aber die Situation derart verschlechtert, daß bereits von Sachsen aus der Antrag auf eine generelle d. h. für ganz Deutschland geltende Produktionseinschränkung von 40 Prozent gestellt worden ist. Gleichzeitig laufen aus den verschiedenen Gegenden des Reiches Anträge auf Stillegung ein. Allein im Rheinland sind 16 Stillegungsanträge von bedeutenden Werken gestellt worden. Bei der Christian Dierie A.-G., Langenbielau, sind soeben Teile der Langenbielauer Rohweberei, Buntweberei, Färberei und Ausrüstungsanstalt stillgelegt worden. Von der Stillegung sind etwa 1500 Arbeiter und Angestellte betroffen. Von den bis jetzt beabsichtigten Stillegungen werden mindestens 100 000 Arbeiter betroffen. Eine Produktionseinschränkung von 40 Prozent würde mehr als 1 Million Arbeiter in Mitleidenschaft ziehen.

Die deutsche Textilindustrie, die verhältnismäßig technisch gut organisiert ist, hat bis jetzt in der Hauptsache auf Kosten der englischen gelebt. Die ungeheuer zersplitterte englische Baumwollindustrie, das Muster von Rückständigkeit, ist in den letzten Jahren immer mehr zurückgeblieben und vom Weltmarkt verdrängt worden. In dem in der Ausführung begriffenen großzügigen, das ganze englische Festland umfassenden Rationalisierungsplan hat aber die englische Baumwollindustrie bereits einen entscheidenden Schritt vorwärts getan. Fast die ganze amerikanische Baumwolle verarbeitende Industrie Englands ist kürzlich zu einem einzigen Riesentrust zusammengeschlossen worden. Die Transaktion ist vorläufig nur theoretischer Natur. Hinter dem Trust stehen aber Riesenkapitale zum Teil amerikanische, und der Arbeitsplan heißt Rationalisierung, Stillegung der unrentablen und rückständigen Betriebe, die bisher auf Kosten der fortgeschrittenen mitgeschleppt wurden. Wenn dieser Koloß mit neuer technischer Organisation auf den Plan tritt und über den Aktionsradius der früheren englischen Baumwollindustrie auf den Weltmarkt hinausgeht — und das ist der Zweck des Trusts — dann werden auch die deutschen Textilarbeiter vielleicht begreifen, daß ihr bisheriger sogenannter Klassenkampf gegen ihr eigenes Lebensinteresse gerichtet war.

Kupfer-Wucher

Der Kupferpreis ist seit wenig mehr als einem halben Jahre von 1,40 auf 1,85 Mk. das Kilo emporgeklettert; richtiger gesagt, künstlich hinaufgetrieben worden. Das ist eine Preissteigerung um rund 25 Prozent gerade während der Zeit, in der die industrielle Weltproduktion insgesamt sichtlich zurückgegangen ist.

Die Preisgestaltung des Internationalen Kupferkartells von einem Markt kann nicht mehr gesprochen werden — gibt eine Vorahnung von der Wirtschaft der Zukunft, wenn der Kapitalismus auch nur noch einige Jahre in dem jetzigen Tempo der Konzentration und der Rationalisierung fortschreitet. Eine künstliche Preistreiberei in allen Rohstoffen und Fertigfabrikaten, bei der die Arbeiterschaft als Produzent und Konsument unter die Räder kommt.

Noch vor nicht langer Zeit wurde der Weltkupferpreis von der Londoner Metallbörse festgesetzt, wo Angebot und Nachfrage die Preisregulatoren waren. Heute sind die Weltkupferproduzenten zu einem internationalen Kartell zusammengeschlossen, das den Preis willkürlich festsetzt, ohne Rücksicht auf den Verbrauch. Daß Angebot und Nachfrage nicht mehr preisbestimmend sind, geht daraus hervor, daß bei sinkendem Konsum die Preise steigen.

Die Welt-Kupfererzeugung haben in der Hauptsache drei amerikanische Konzerne an sich gerissen. Die Anconda-Gruppe des Eisenbahnkönigs Harriman, der Guggenheim-Konzern und die Gruppe Phleps-Dodge. Diese drei Konzerne, die ihre Fangarme über den ganzen amerikanischen Kontinent erstrecken, erzeugen vier Fünftel des gesamten Welt-Kupferverbrauchs. Das restliche Fünftel wird von europäischen Kupfermagnaten bestritten, in der Hauptsache vom englischen Kapital, demnächst vom belgischen und an letzter Stelle vom deutschen.

Von dem vierten Fünftel, das vom europäischen Kupferkapital ausgebeutet wird, wird wieder der größere Anteil in Afrika abgebaut, worin sich Belgien und England teilen. An der belgischen Union Miniére du Haut Catanga, die die Gruben des belgischen Kongogebiets ausbeutet, ist englisches Kapital stark beteiligt. Die bekannte Rio Tinto-Gesellschaft in Spanien steht ganz unter dem Einfluß des englischen Kapitals; ebenso die paar kleinen Gesellschaften in Rhodesien, Südafrika. In Deutschland ist es die Mansfeld (Mansfelder Kupferschiefer bauende Gesellschaft) die Kupfer erzeugt, die älteste Kupfergesellschaft der Welt, die 750 Jahre existiert und früher den gesamten Weltbedarf bestritt.

Die sogenannten amerikanischen Konzerne, deren Hauptabbaugebiete auch in den Vereinigten Staaten liegen, beherrschen auch den gesamten süd- und zentralamerikanischen Kupferbergbau. Trotzdem ist es nicht so, daß die arme europäische oder deutsche Industrie unter dem Diktat von 3 amerikanischen Kupferkönigen steht, wie die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse lamentiert. Die deutsche, wie die englische und die belgische Gesellschaft gehören dem internationalen Kupferkartell ebenso gut an und gegen ihrer Willen könnten die Preise nicht zustande kommen. Die europäischen Gesellschaften bestreiten mit ihrem Fünftel der Weltproduktion auch fast den gesamten Bedarf Europas. Ohne ihr Mitmachen wäre das internationale Kartell geplatzt. Ja, das Internationale Kupferkartell kam erst zustande als sich die 3 europäischen Kupferkonzerne zum Beitritt entschlossen. Sie haben nicht mal, wie die Amerikaner, das Argument der hohen Produktionskosten für sich. Der geringe Produktionsanteil in England, Belgien und Deutschland hat nur etwa den vierten Teil der Löhne zu tragen, die das amerikanische Kapital in der Union zahlt. In Spanien sind die Löhne noch viel niedriger und in Afrika arbeiten die Neger für ein Butterbrot die ganze Woche. Der eigentliche Wucher geht also vom europäischen Kapital selbst aus.

Die verarbeitende Industrie hat alle Anstrengungen gemacht, sich dem Druck der Kupfermagnaten nach Möglichkeit zu entziehen und zu Ersatzprodukten gegriffen. Die Messingstangen und Messingbeschläge werden immer mehr dem Aluminium, und der Kupferkessel in Haushalt und Industrie ist schon vollständig verschwunden. Auch die Elektroindustrie versucht sich in Aluminium. Sogar das gefährliche Experiment die kupfernen Hochspannungsleitungen durch solche aus Aluminium zu ersetzen, hat man schon unternommen. Für die Elektroindustrie ist Kupfer das gegebene und unentbehrliche Material. Aluminium ist nicht nur ein minderwertiger Ersatz für sie, sondern auch ein höchst gefährlicher für die damit in Berührung Kommenden. Dabei ist die Erzeugung von Kupfer billiger als die des Aluminiums. Das Kupferkapital nagt nicht nur an der Gesundheit des Proletariats durch den indirekten Lohnabbau infolge der übermäßigen Preissteigerung. Es spielt auch mit dem Leben der Arbeiter, indem es die verarbeitende Industrie zu ungeeigneten Ersatzprodukten drängt. Die Elektroindustrie ist denn auch die Schlinge die das halbe Dutzend Kupferkönige an die Gurgel des Proletariats gelegt hat, nicht an die des verarbeitenden Kapitals, wie die sozialdemokratische Presse den Arbeitern weis zu machen versucht.

Buchbesprechungen

Luise Kautsky. Rosa Luxemburg, ein Gedenkbuch. E. Laubsche Verlagsbuchhandlung Berlin. 85 Seiten mit 6 Bildern. Kart. 1,70 Mk. Leinen 2,70 Mk.

Neben dem Politiker, ist er ein solcher, ist jeder noch ein Mensch mit anderen Dingen. Besonders kann dies von der großen Politikerin Rosa Luxemburg gesagt werden. **Nur muß die Politik das Wesentliche bleiben.** Wie wir das in ihren Briefen aus dem Gefängnis bereits gesehen haben. Der Mensch Luxemburg soll hier in diesem Buche gezeigt werden und seine Beziehungen zu anderen Menschen, die ihm nahestanden. Das Gedenkbuch ist nicht nur eines für Rosa Luxemburg, sondern auch zum Teil für ihren Freund Hans Diefenbach geworden. Es ist eigentlich ein Ersatz für einen zweiten Band Briefe, welchen Luise Kautsky herausbringen wollte und nicht durfte. Hier muß man sich ihrer Kritik anschließen. Einer Kritik gegenüber der KPD., welche es verhindert die Briefe von Rosa Luxemburg der Nachwelt zu übergeben. Gewiß ist Luise Kautsky — politisch gesehen — als Mitglied der SPD. nicht die Berufene, publizistische Vermächtnisse Rosa Luxemburgs zu erfüllen. Das will sie auch nicht. Aber es handelt sich hier um Briefe, welche von ihr gesammelt, und die, wie ihre bisherigen literarischen Arbeiten zeigen, mehr die menschliche Seite berühren. Und da ist ein Mensch, welcher zwei Jahrzehnte mit ihr zusammen lebte, wohl in Liebe dazu. Wenn schon die KPD. der alten Freundin Rosa Luxemburgs nicht das Recht einräumt, diese Briefe herauszugeben, so hätte sie dann aber die Pflicht, es selbst zu tun. Sonst erwächst hier die Notwendigkeit — wir denken an das Büchlein über die russische Revolution, herausgegeben von Levi — mit aller Deutlichkeit zu fordern, die Sammlung herauszubringen. Oder welche Gründe liegen vor, diese Briefe nicht herauszugeben, wo es sich besonders um solche der Vorkriegszeit handelt?

Die beliebte Legende, als ob Scheidemann die Befreiung Liebknechts und Luxemburgs bewirkt hätte, findet hier keine Wiederholung. Es wird ganz richtig gesagt, daß Niederlage, Flucht, Revolution die Gefängnistore öffneten. Und noch auf eins wollen wir hinweisen, Seite 47: Die rechtsstehenden Sozialdemokraten, den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands fürchtend, sahen die größere Gefahr in der Erstarkung der linksgerichteten Elemente. Sie bedienten sich des noch bestehenden militärischen Apparates und der alten Offiziere, in dem Wahne, diese zu beherrschen und fest in der Hand zu haben, um den äußersten linken Flügel niederzuhalten, der unter Führung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht stand." Ein wertvolles Geständnis eines Mitgliedes der SPD. Sonst leugnet man immer die Hilfe der Monarchisten ab.

Einiges ist neu, manches bekannt. Zur Vollständigkeit über Rosa Luxemburg gehört auch dieses Büchlein, wenn auch der „deutsche Geist" bei Abfassung mancher Stelle Pate gestanden hat.

Bücher-Ecke

Marxistische Bibliothek.

		Ganzl. Mk.
Bd. 1.	Lenin, Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus	2,50
Bd. 2.	Bucharin, Die politische Oekonomie des Rentners	4,—
Bd. 3.	Engels, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie	2,50
Bd. 4.	Riazanow, Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär	3,50
Bd. 5.	Stalin, Probleme des Leninismus	5,—
Bd. 6.	Stalin, Auf dem Wege zum Oktober	3,50
Bd. 7.	Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte	
Bd. 9.	Bucharin, Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals	3,—
Bd. 10.	Lenin, Lieber Gewerkschaften	3,—
Bd. 13.	Deborin-Thalheimer, Spinozas Stellung in der Vorgeschichte des dialektischen Materialismus	3,—
Bd. 14.	Thalheimer, Einführung in den dialektischen Materialismus	3,—
Bd. 17.	Pokrowski, Prof. M. N.: Historische Aufsätze	3,50
Bd. 18.	N. Lenin—G. Plechanow, L. N. Trotzki im Spiegel des Marxismus	

Empfehlenswerte Romane:

Maxim Gorki, Die Mutter	kart. 3,—, geb. 5,—
Der Sohn einer Nonne. 2 Bd.	geb. 10,—
Panferow, Die Genossenschaft der Habenichte	kart. 4,—, geb. 6,—
Remarque, Im Westen nichts neues	kart. 4,—, geb. 6,—
Welle-Strand, Möwenjunge	geb. 5,—
Upton Sinclair, Petroleum	kart. 4,80, geb. 7,—
Sündenlohn	kart. 2,80, geb. 4,80

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Organisatorische Mitteilungen

Weißensee.

Die Zusammenkünfte der KAP. und AAU. finden jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, im Klosterbräu, Marienstr. (ehem. Gewerkschaftshaus) statt.

Chemnitz.

Die öffentlichen Diskussionen finden wie bisher 14tägig Sonnabends, abends 8 Uhr, im Gasthaus „Zur Linde", am Theaterplatz, statt.

Eintritt frei — Freie Aussprache.

KAP. — AAU.

Groß-Berlin

Achtung, Bezirksführer!

Die Sitzung der Berliner Zentrale findet am Mittwoch, den 10. April 1929, an bekannter Stelle statt. A. A.

Herausgeb. und f. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N. Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isadonat, Berlin O 17.

10. Jahrg. Nr. 15

Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 13. April 1929

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die große Koalition

Nach abgelaufener Probezeit

Das „Parlament der Köpfe" tritt nun vor seine Untertanen hin mit dem Reifezeugnis. Die Probezeit ist zu Gunsten der Auftraggeber abgelaufen. Der „Kampf" ist beendet. Zwei Fragen standen zur Lösung: das Reparationsproblem resp. die Festsetzung der „Endsumme" und der Zahlungsmodus, und innenpolitisch der Etat. Alles scheint zur Zufriedenheit „gelöst".

Man braucht nicht weit in die Ferne zu schweifen, um selbst bei nüchternen kapitalistischen Sachverständigen die Erklärung für die „Lösung" der Probleme zu finden. **Keynes,** der englische Nationalökonom, der nicht im geringsten verdächtig ist, mit revolutionären Ideen zu kokettieren, sagt im „Berliner Tageblatt" was gespielt wird. Sagt es so deutlich, daß sich eigentlich jedes weitere Wort erübrigt:

„Das Transferproblem — sagt er — besteht darin, **die Leistungserträge** der deutschen Produktionsfaktoren in Gold gerechnet **genügend herabzusetzen,** damit ihre Ausfuhr in erforderlichem Umfange gesteigert werden kann. Das Budgetproblem dagegen besteht darin, **aus den verringerten Löhnen und Gehältern die notwendigen Reparationssteuern herauszuziehen."** — „Die einfachste Methode — meint Keynes — wäre natürlich die, den Kurs der deutschen Mark bis zu einem Betrage sinken zu lassen, der die notwendige Ausfuhr sicherstellen würde und dann jede Erhöhung der Goldlöhne abzulehnen. Dies ist aber die Methode, die der Dawesplan auf Grund seines Transferschutzes ausdrücklich untersagt." Die andere Methode ist, **„wenn durch Arbeitskonzentration der deutschen Industrien Arbeiter entlassen werden, so daß, wenn eine genügende Anzahl von Millionen arbeitslos geworden ist, sie sich bereit erklären, die notwendige Herabsetzung ihrer Goldlöhne anzunehmen."**

Damit ist in der Tat das „Problem" erschöpft. Der deutschen Bourgeoisie kam es darauf an, daß die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften die „moralische Verantwortung" dafür übernehmen, das weder wird sich — denkt sie — schon finden. Es ist ja vollkommen klar, daß nur durch die gesteigerte Ausbeutung diese „Wiedergutmachung" möglich ist. Das weitere ergibt sich dann ganz von selbst.

Es hat sich ja auch bezüglich der Etatsberatung „von selbst" ergeben. Wohl kann die Bourgeoisie dem Proletariat durch eine etwas komplizierte Steuergesetzgebung **vortäuschen,** als würden nicht letzten Endes **alle** Steuern auf die Konsumenten abgewälzt, und in letzter Konsequenz — weil die kapitalistischen Konsumenten sie als Händler, Fabrikanten usw. wiederum abwälzen — eben auf die proletarischen Konsumenten. Sie kann, wie gesagt, dies **vortäuschen,** und tut dies auch, wenn sie das Proletariat **fürchtet.** Aber wie wenig sie das Proletariat fürchtet, darüber gaben die letzten Etatsberatungen restlos Aufschluß. Das Verlegenheitsgestammel des abgebrühten „Vorwärts" fällt selbst den sozialdemokratischen Provinzzeitungen auf die Nerven. Selbst die „Leipziger Volkszeitung", die doch alle Ursache hat, bei den nun bevorstehenden Wahlen die Sozialdemokratie herauszureißen, ist erbost über die Unverfrorenheit der offiziellen Strategen. Die Arbeiter können selbst an diesem Bekenntnis, daß sich aus dem „linken" Herzen der Leipziger ringt, sehen, wie groß der „Sieg" ist, den die Stampfer und Co. wieder einmal erfochten:

„Zentrum und Volkspartei — bestätigt die L. V. vom 9. April — hatten deutlich zu erkennen gegeben, daß sie trotz aller „Staatsnotwendigkeiten", von denen sie sonst so viel reden, dem Etat nicht zustimmen werden, wenn nicht ihren Macht- und Interessenansprüchen in genügender Weise vorher entsprochen wird. Wollte die Regierung im Amte bleiben, so mußte von den Fraktionen, von denen sie abhängt, die Brücke gebaut werden. Nachdem nun die vorgeschlagenen Aenderungen des Etats bekanntgeworden sind, muß zugegeben werden, daß die bürgerlichen Reichstagsfraktionen in dem neuen Etat einen Erfolg ihrer Ansprüche sehen können.

Die Abstriche, die bei den einzelnen Etats gemacht worden sind, werden in den Berichten nur summarisch wiedergegeben. Es läßt sich nicht näher erkennen, bei welchen Positionen im einzelnen die Einsparungen gemacht werden sollen. Sind die Streichungen bei einzelnen Ministerien an sich schon recht geringfügig (Auswärtiges Amt z. B. 3,1 Millionen), so wird man weiter annehmen müssen, daß gerade jene Posten, auf deren Kürzung oder völlige Streichung die Sozialdemokratie nachdrücklich bestehen müßte, keine Einschränkung erfahren haben. Wir denken an die Fonds zur besonderen Verwendung, an die Mittel für die Technische Nothilfe und für andere, gegen die Arbeiterschaft sich wendenden feindlichen Einrichtungen. Von dem fast Dreiviertel-Milliarden-Etat des Reichswehrministeriums, sollen ganze 27,4 Millionen gekürzt werden. Aber hier ebenso wie bei den 20 Millionen Luftfahrtsubventionen, die beim Verkehrsetat gestrichen werden sollen, wird sich zeigen, daß diese angeblichen Einsparungen nur auf **Täuschung** berechnet sind. Denn in Wirklichkeit handelt es sich nicht um wirkliche Einsparungen, sondern nur um eine Verschiebung von Ausgaben. Wenn nach den neuen Vorschlägen der Reichswehretat bis auf 667 Millionen „herabgedrückt" wird, so ist das für das „Notjahr", in dem sich Deutschland befinden soll, noch eine so ungeheuerlich hohe Summe, daß die Sozialdemokratie diesem „gestrichenen" Etat gegenüber unmöglich (warum so naiv! R.) eine andere Haltung einnehmen kann, als sie im Vorjahr getan hat. Kommt doch noch hinzu, daß auch außerhalb des Wehretats noch ansehnliche Summen für die Aufrüstung untergebracht sind. Solange die Parteien der Bourgeoisie 700 Millionen Mark für ihr Militär für unentbehrlich halten, kann die Sozialdemokratie nicht die Streichung von 45 Millionen Mark im Etat des Arbeitsministeriums hinnehmen."

Man kann den „Linken" die Phrase, was die Sozialdemokratie „nicht hinnehmen" kann, nachdem sie dies und noch mehr „hingenommen" hat und noch „hinnehmen" wird, gern schenken. Für den Zweck, den „Sieg" der Sozialdemokratie selbst vom Standpunkt des parlamentarischen Kretins nachzuweisen, genügt dieses Eingeständnis. — Die „große Koalition" ist möglich geworden durch die bedingungslose Kapitulation der Sozialdemokratie selbst in der Phrase. Die Hausknechte haben ihre Probezeit bestanden und werden fest angestellt, wenn auch ohne Kündigung.

Sie sind gewillt, ihre Auftraggeber auch in Zukunft nicht zu enttäuschen. Am ersten Mai, den man sonst noch als Auspuff für proletarischen Zorn offen hielt, läßt sich nicht einmal mehr ein harmloser Spaziergang aufrechterhalten, weil der Belagerungszustand in der Demokratie zu einer unentbehrlichen Einrichtung geworden ist, und man am ersten Mai davon keine Ausnahme machen darf — soll man nicht am zweiten Mai die schon eingebürgerte „Ordnung" wiederherstellen und so erst immer daran erinnern, wie herrlich weit wir es doch gebracht haben. So kommen die braven Gewerkschaftler und Sozialdemokraten in den Sälen zusammen, und lassen sich von den Freunden und Kollegen des Berliner Polizeipräsidenten über den Kampf um die Freiheit belehren — damit zu der Tragödie des deutschen Proletariats der Hohn nicht fehlt.

So muß auch das „Notjahr" 1929 noch mehr Klarheit darüber schaffen, daß die Not der Proleten immer weiter wachsen wird mit dem Reichtum und der Macht der Reichen, und jede „Errungenschaft" der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsbonzen ein Nagel ist zum großen Sarg des Proletariats. Es wird diesem Schicksal auch nicht entrinnen dadurch, daß es „rote" Betriebsräte wählt, andere Puppen, die in den Paragraphen zappeln, in die sie hineingewählt werden und die verschwinden als wären sie nie gewesen, wenn sie gegen diese Paragraphen verstoßen. Es wird diesem Schicksal der völligen Degenerierung und Pauperisierung nur entrinnen können, wenn es begreift, daß das kapitalistische System zerschmettert werden muß; neues Leben nur blühen kann, wenn das Heer der Sklaven endlich erwacht und endgültig Schluß mit seinen Bedrängern macht.

Der Reformismus in England

Die jüngste Etappe, der „Mondismus"

In England ist die Arbeitsgemeinschaft der Klassen nicht eine neue, erst nach dem großen Verrat von 1926 entstandene Erscheinung. England war schon immer das klassische Land der Arbeitsgemeinschaft. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft ist in der englischen Bewegung seit dem Zusammenbruch des Chartismus 1857 lebendig. Schien es auch auf dem Kongreß in Hull und besonders in Scarborough 1925, daß sich in der englischen Arbeiterbewegung vieles entschieden geändert habe, so war das eben nur ein Schein, denn tatsächlich waren die in Scarborough angenommenen radikalen und sonst fast „revolutionären" Resolutionen genau so nichtssagend und jeder revolutionären Bedeutung bar, wie die sozialistischen Resolutionen der Gewerkschaftskongresse der alten Zeit, als die Labour Party noch nicht existierte und die Tradeunions sich tatsächlich in den Händen der Liberalen befanden. Bemerkte doch J. Cleyton sehr richtig: „Die Parteimanager lassen sehr gern Resolutionen durch, die angenehm wärmen und . . . zu nichts führen. Gute Vorsätze und praktische Politik sind zwei verschiedene Dinge." Der Kongreß in Scarborough nahm eine sehr schroffe antiimperialistische Resolution an, die das Selbstbestimmungsrecht der Nationen einschließlich der Trennung vom Reich forderte. Gleichzeitig billigte er, daß der Generalrat der Regierung einen Antrag über die Notwendigkeit eines die Einstellung „chinesischer und überhaupt billiger asiatischer Seeleute" auf englischen Schiffen verbietenden Gesetzes einbrachte. Auf demselben Kongreß stimmte man für eine Resolution mit der Forderung, die Regierung solle die zwischen Unternehmern und Arbeitern geschlossenen Verträge für die ganze betreffende Industrie als gesetzlich verbindlich erklären. Thomas unterstrich damals, daß diese Resolution an sich die Beschränkung des Streikrechts bedeute, daß sie ein Schlag sei gegen das Streikrecht als unterschütterlich anerkannte Gesetz über Industriekonflikte von 1906. Trotzdem wurden die Ergebnisse des Kongresses von Scarborough von seiten der Kommunistischen Internationale als eine gewaltige Revolutionierung der englischen Arbeiterklasse angesehen und allerlei Konsequenzen daraus gezogen, die aber bald erkennen ließen, daß man sich auf einem Irrweg begeben hatte.

Der Mondismus ist nun das neueste Entwicklungsstadium der Arbeitsgemeinschaft der Klassen und umschließt einen neuen originellen Gedanken. Obwohl dieser Gedanke nach Alfred Mond (Lord Melchett) genannt wird, ist sein einziger richtiger Vater der Generalrat der englischen Tradeunions. Charakteristisch am Mondismus ist, daß in der Idee der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital das Klassenmoment ausdrücklichst betont wird. Der Mondismus verkündet die Arbeitsgemeinschaft im Landesmaßstab zwischen der organisierten Arbeiterklasse und der organisierten Klasse der Kapitalisten durch die zentralen Organe. Nicht Klassenkampf, nicht Klasse gegen Klasse, sondern Klassenfrieden oder „Industriefrieden". Das ist natürlich eine Umstülpung des Klassenkampfgedankens. Beteiligung der Vertreter beider Klassen am ständigen Ausschuß, der die Mittel und Wege zur Verewigung des Klassenfriedens berät, das ist der Kerngedanke des Mondismus. Er tritt die Idee der Arbeitsgemeinschaft auf die Spitze. Auch früher schon war für die Weltanschauung und Tätigkeit der Führer des Kongresses der Tradeunions und der Labour Party nur das Kompromiß zwischen den Klassen maßgebend. Bisher war aber diese Praxis nicht zum System erhoben, ihr fehlte das zentrale Glied, sie versickerte in tausend Kanälen. Aufgabe des Kompromisses zwischen den Klassen, der Arbeitsgemeinschaft war stets die Ausschaltung von Streiks und die Stärkung des Friedens in der Industrie, freiwillige und Zwangsschlichtung, Unterstützung der verschiedensten Pläne zur Gewinnbeteiligung der Arbeiter bei ihrer Ausarbeitung und Durchführung, Gründung gemeinsamer Industrieausschüsse usw. Aber wie gesagt, all diese Formen wurden von Fall zu Fall ohne jedes System angewandt. Jetzt dagegen ist der Generalrat bestrebt, in die Arbeitsgemeinschaft System h

ses in Edinburgh offiziell verkündet. Inzwischen sind 1½ Jahre vergangen. Man ist also zu der Frage berechtigt: Hat sich der Generalrat der Verwirklichung des von ihm so laut angekündigten Ideals merklich genähert? Die Antwort kann nur eine negative sein. Bisher hat der Gedanke des Mondismus ein Fiasko erlitten. Man vergegenwärtige sich: der Sekretär des Generalrates erklärte in zahlreichen Reden und Artikeln in bestimmester Weise, daß der Generalrat nur eine genau formulierte Vereinbarung zwischen ihm als Vertreter der Gewerkschaften und den Organen des organisierten englischen Kapitalismus, dem Britischen Industrieverband (Federation of British Industries) und dem Nationalen Arbeitgeberverband (National Confederation of Employers Organisation) anstrebe. Citrine lehnte die Teilnahme an der vom Lord-Mayor (Oberbürgermeister Londons) zur Beratung des Industriefriedens einberufenen Konferenz mit der Begründung ab, daß solche Konferenzen, die von Institutionen und Personen organisiert werden, „die nicht bevollmächtigt sind, im Namen der Unternehmer zu sprechen", den tatsächlichen Erfolgen der Bewegung nur hinderlich sein können. Er äußerte sich geringschätzig über die „Schaffung der verschiedensten frühreifen Organisationen durch wohlwollende Personen", mit dem Ziel, den Frieden in der Industrie zu fördern.

Der Generalrat nahm aber die Einladung Sir Alfred Monds zur Konferenz über die Frage des Industriefriedens an, obwohl er deutlich zu verstehen gegeben hatte, daß er weder vom Britischen Industrieverband, noch vom Nationalen Arbeitgeberverband bevollmächtigt sei. Warum verhielt sich der Generalrat gegenüber der Initiative des Oberbürgermeisters so wenig „gentlemanlike", und warum ging er sofort auf die Einladung Monds ein? Nun, bevor er sie annahm, hatte der Generalrat lange auf die Antwort der beiden einflußreichen Industrie-Unternehmer-Organisationen gewartet. Doch dieser hüllte sich in tiefes Schweigen und nahm eine veröffentlichte Resolution an, in der er die Vorschläge des Generalrates ablehnte. Die Unternehmer begrüßten zwar die Arbeitsgemeinschaft in den Betrieben, in den einzelnen Industrien, sie wollten aber nichts von den vielversprechenden Plänen des Generalrats wissen. Der Generalrat wiederum fürchtete sich vor dem öffentlichen Bekenntnis, daß sein letzter Liebhingsplan gescheitert war. Die Lage der Gewerkschaftsführer war nach dem Verrat an dem großen Bergarbeiterstreik 1926 sehr erschüttert. Der Generalrat fühlte seine Sympathien schwinden. So kam es, daß er der Einladung Monds zur Friedenskonferenz folgte. Die Führer des Generalrats priesen die Konferenz in jeder Art und Weise als hervorragendes historisches Ereignis, das den Arbeitern große Vorteile bringen würde. Sie hofften, sich dadurch ihren Einfluß bei den Massen zu sichern.

Der Generalrat wußte selbstverständlich, daß Monds Gruppe die Unternehmerverbände nicht vertrat und nicht vertreten konnte. Er nährte aber die Hoffnung, daß er durch Vermittlung dieser sicherlich sehr einflußreichen Gruppe schließlich dennoch zu einer Konferenz mit den beiden Hauptverbänden der englischen Kapitalisten gelangen würde. Seine Hoffnungen haben sich noch nicht erfüllt. Der Britische Industrieverband und der Nationale Arbeitgeberverband hatten geäußerte Zeit, um sich die Sache zu überlegen. Wenn sie es nicht für notwendig befunden haben, auf die Pläne des Generalrats einzugehen, so haben sie dazu anscheinend ernste Gründe. Im Unternehmerlager herrscht in dieser Frage noch keine Einmütigkeit. Im Artikel „Die Politik des englischen Kapitalismus" schreibt zum Beispiel der „New Statesman", vom 1. Dezember 1928: „Der Britische Industrieverband ist, wie gerüchtweise verlautet, im allgemeinen dem Projekt des Lord Melchett (Mond) günstig gesinnt, während sich im Nationalen Arbeitgeberverband einflußreiche Elemente gegen den Plan ausgesprochen haben sollen. Es würde uns nicht verwundern, wenn sich die Dinge tatsächlich so verhalten. Im Arbeitgeberverband sind hauptsächlich die Leute tonangebend, die die Fragen der unmittelbaren Gegenwart interessieren. Sie interessiert vor allen Dingen die Frage der Lohnsenkung und der Verlängerung des Arbeitstages. Daher sind sie für einen verstärkten Druck auf die Arbeiterklasse. Der Britische Industrieverband dagegen ist mehr an der weiteren Perspektive der englischen Industrie und des Handels interessiert; er sieht klarer die Gefahren einer Industriepolitik, die die Gewerkschaftsführer der politischen Opposition in die Arme treiben könnte. Wenn die Unternehmer in ihrer Gesamtheit — so fügt „New Statesman" von sich aus hinzu — beim Wiederaufbau der Industrie auf kapitalistischer Basis keine realen Erfolge erzielen sollten, so werden sich — und das sehen die weitblickendsten von ihnen ein — die wichtigsten Organe der öffentlichen Meinung bald zugunsten der sozialistischen Politik entscheiden und versuchen, ihre politische Macht für ihre Verwirklichung auszunutzen."

Den zweitblickenden Unternehmern, die „New Statesman" erwähnt, begegnet man am häufigsten in den florierenden Industrien, in den sogenannten „neuen Produktionszweigen" (Kunstseide-, Automobil-, chemische Industrie usw.). Diese Produktionszweige entstanden während und nach dem Kriege. Die meisten von ihnen konnten sich ausschließlich dank den Protektionsmaßnahmen der Regierung kräftig entwickeln. Der Initiator der mondistischen Beratungen, Sir Alfred Mond, ist selbst Könige der chemischen Industrie, die von der Regierung besonders verhätschelt wird. Aber sogar diese „weitblickenden" und erfolgreichen Unternehmer, die der Gruppe Mond beigetreten sind, machten den Arbeitern keine Konzessionen. Das einzige Resultat der mondistischen Beratungen besteht darin, daß neben den bereits existierenden Kommissionen zur Untersuchung der Arbeitsbedingungen und der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital jetzt noch eine solche Kommission besteht. Die Beratungen haben ferner die alte Feldenen Weathleys von gemeinsamen Industrieausschüssen belebt. Wie dem auch sei, weder die Schwer-, noch die Textilindustrie, die unter der anhaltenden scharfen Krise stark gelitten haben, werden sich für den Mondismus schwer entscheiden. Diese Industrien besitzen keine neuen Kapitalien, die für die Reorganisierung und Rationalisierung notwendig sind. Andererseits lehnt das Finanzkapital Investierungen in Industrien ab, die die Selbstkosten nicht decken. In diesen Industrien ist man daher bestrebt, die Reorganisierung und Rationalisierung auf Kosten der Arbeiter zu verwirklichen — durch die Offensive gegen die bestehenden Löhne, die Arbeitszeit und die allgemeinen Arbeitsbedingungen.

Unter allen diesen Verhältnissen, die heute in England herrschen, ist der Mondismus oder Industriefrieden schwer möglich. Trotzdem bedeutet er für die englische Arbeiterklasse eine große Gefahr. Es liegt an der englischen Arbeiterklasse, diese neue reformistische Versumpfung der Arbeiterbewegung zu verhindern.

Politische Rundschau

Die Rechnung

Die Sklavenhalter in Paris stellen bekanntlich die Rechnung für ihr eigenes Verbrechen auf. Eine „Einigung" ist zwar noch nicht zustande gekommen, doch genügt schon, was dort zur Diskussion steht. Der „Sozialistische Pressedienst" berichtet darüber:

„Eine der Hauptschwierigkeiten, die sich indessen einem raschen Ergebnis entgegenstellen, besteht in der auch von Owen Young vertretenen Forderung, daß Deutschland in Uebereinstimmung mit der alliierten Schuldenregelung gegenüber Amerika **Zahlungsverpflichtungen auf die Dauer von 59 Jahren übernehme.** Dieser Plan (Owen Youngs, für dessen Richtigkeit bisher noch keine Bestätigung vorliegt, sieht eine deutsche Jahreszahlung von 1,7 Milliarden während der ersten fünf Jahre, hierauf 32 Jahre lang eine solche von 2,1 Milliarden und endlich die letzten 22 Jahre von 1,7 Milliarden vor. Dem ist von deutscher Seite bisher stets entgegengehalten worden, daß eine Verpflichtung Deutschlands über den Zeitraum von 37 Jahren hinaus nicht in Frage kommen könne. Ueberdies würde die so entstehende Gesamtbelastung höher sein, als die im Dawes-Plan vorgesehene, da die Herabsetzung der Jahreszahlungen in ihrem Wert durch die Verlängerung der Zahlungsdauer mehr als aufgehoben würde."

Das Proletariat, aus dem diese Summen herausgepreßt werden, sieht daran, daß der internationale Kapitalismus damit rechnet, daß die geduldige Sklavenmasse, vor allen Dingen das deutsche Proletariat, sich noch für Jahrzehnte die Riemen aus der Haut schneiden lassen wird. — Hoffentlich lernt auch das Proletariat rechnen, ehe es völlig unter die Räder kommt.

Immer langsam voran

Sozialdemokratische Außenseiter in England.

„Der Parteitag der Unabhängigen Arbeiter-Partei (IPL.) nahm mit 160 gegen 125 Stimmen eine Resolution an, durch die sämtliche der Unabhängigen Partei angehörenden Parlamentsmitglieder verpflichtet werden, gegen sämtliche Militärausgaben im Parlament zu stimmen."

Diese völlig harmlose Geschichte ist sogar dem „Vorwärts" in die alten Knochen gefahren. In seiner Nummer vom 3. April wehrt er wie folgt ganz entsetzt ab:

„Die Mehrheit der Kongreßdelegierten der ILP. hat mit diesem Beschluß **den Konservativen einen unfreiwilligen Liebesdienst** geleistet. Er ist um so unverständlicher, als auch die ILP. den Sturz der Regierung Baldwin und ihre Ersetzung durch eine Arbeiter-Regierung als Wahlziel verkündet hat. Selbst wenn diese Arbeiter-Regierung aus lauter Mitgliedern des radikalen Flügels der ILP. bestehen würde, **könnte sie auch nicht anders handeln, als die Kredite für die Landesverteidigung weiter in den Etat einzustellen und sich für ihre Bewilligung einzusetzen.** Es gibt in England höchstens eine kleine Minderheit, die für die sofortige und restlose Abschaffung der Marine zu haben wäre. Was die englische Arbeiterklasse fordert und von einer Arbeiter-Regierung erwartet, ist zunächst, daß keine Mehrausgaben für Wettrüsten, mehr bewilligt werden, und daß darüber hinaus die Rüstungsausgaben allmählich abgebaut werden, im eigenen Lande und international, durch eine kräftige Inangriffnahme des Weltabrüstungsproblems. Das ist die Wahlparole der Arbeiterpartei gegen die Konservativen, die bisher die internationale Abrüstung durchkreuzt haben. Das ist das erreichbare Ziel, für das man die Massen der Wähler und Wählerinnen gewinnen kann."

Da haben wir die Bescherung! Die besten „Sozialisten" müssen eigentlich auch immer die besten Patrioten sein. Selbst wenn die ganze Arbeiterpartei gegen die imperialistische Rüstung „wäre" — hätte sie ihre sozialistischen Grundsätze in die Rumpelkammer zu werfen, damit ihr bei den Wahlen die Fetzen nicht davonladen. Treffender kann der Parlamentarismus gar nicht charakterisiert werden. Das Gerede von der Verweigerung der „Aufrüstung" paßt zu dieser Beichte überdies vorzüglich. Wenn die „anderen" aufrüsten, kann man doch dann ebenfalls nicht hinterher hinken. Und da dies niemals eintreten wird, ist diese billige Phrase zur Beruhigung der eigenen Anhänger nicht schlecht. Was soll wohl die englische Bourgeoisie gegen eine solche „Arbeiter-Regierung" haben?

Sie haben gelernt

Die „Regierungskrise" in Oesterreich.

Seipel, der österreichische Bundeskanzler, ist samt seiner Regierung zurückgetreten. Die österreichische Bourgeoisie hat ihre Offensive gegen das Proletariat mit einer Rücksichtslosigkeit durchgeführt, daß sie heute glaubt, ruhig in die Zukunft sehen zu können. Da fällt dem Seipel und seinen christlich-sozialen Partei ein, wieder ein wenig in „Selbstbestimmung des Volkes", Demokratie usw. zu machen, um die Sozialdemokratie zur „Mitarbeit" heranzuziehen. Die Bourgeoisie hoft die Großmäuler aufs Rathaus, damit sie zeigen können, daß ihre ganze Besserwisserei Demagogie ist. Sie hat keine Lust, der Sozialdemokratie zu gestatten, der christlich-sozialen Partei die Schafe abzujagen. So wird auch in Oesterreich jener Kurs beginnen, den wir heute in Deutschland sehen. Die Bourgeoisie entlarvt die Sozialdemokratie durch deren Praxis und versucht so zu beweisen, daß sie selbst zu „Unrecht", „verdächtigt" worden ist. Sie kann in Oesterreich um so sicherer damit rechnen, als die Sozialdemokratie möglichst dafür sorgte, daß das Denken der Arbeiter auf den parlamentarischen Rummel beschränkt bleibt. Die Zeit wird jedoch auch den Arbeitern in Oesterreich lehren, daß der Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus zugleich der Kampf gegen den parlamentarischen Betrug sein muß.

Max Hölz' schlagende Beweise

Wie er dem Redakteur der „Welt am Abend" verprügelte ist noch in aller Erinnerung. Nun wird bekannt, daß er auch den Kabol wegen Weibergeschichten verprügelt hat. Wie der „Vorwärts" meldet, hat Kabold „die Behörden um Schutz ersucht". Derweilen teilt Max weiter Backpfeifen aus. Der nächste war der juristische Referent der Zentrale Hilsenjager, der sich aber zur Wehr setzte und, wie der „Volkswille" zu berichten weiß — deswegen entlassen wurde. Daß diese grobe Propagandakanone den KPD.-Oberbürokraten mitterweile auf die Nerven fällt, geht daraus hervor, daß das Sachsen-Kommando Max die Ausweisung androhte, falls er in den sächsischen Landtagswahlen haben wollten, aber die Zentrale hat abgewinkt. Sie habe „zuviel Differenzen", sagt sie. Maxe fängt also schon an, lästig zu werden, nur hat man sich zu stark für ihn engagiert, um ihn gefahrlos fallen lassen zu können. Max kann sich also — bei so einer Position — noch eine Weile austoben, bis er — und dann endgültig — ins Nichts versinkt.

Hakenkreuz und Sowjetstern

Wir haben schon wiederholt auseinandergesetzt, daß der russische „Kommunismus" in seiner Grundform der „Nationalsozialismus" ist, d. h. der Faschismus, worüber bei denkenden Arbeitern angesichts des Terrors gegen das revolutionäre Proletariat zar kein Zweifel mehr bestehen kann. Interessant ist aber dennoch, wie die „nationalsozialistischen" Brüder in Deutschland darauf reagieren.

Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat darüber eine eigene Broschüre „Der Sowjetstern geht unter" veröffentlicht.

Ueber den

Gegensatz zwischen Stalin und Trotzki

heißt es dort:

„Und gerade hieraus ergibt sich, daß es sich bei den Differenzen der Parteimehrheit und der Opposition längst nicht mehr um taktische, sondern um **grundlegende Unterschiede** handelt, längst nicht mehr um Fragen des „Wie", sondern um die Kernfrage „Wer" und daß es sich ideell und teilweise auch schon organisatorisch um zwei, einander unversöhnlich und gegengesetzte — Parteien handelt, von denen nur die eine oder die andere herrschen kann.

Daß es sich um nichts Geringeres handelt, als um das Ende des Kommunismus, um die Frage, ob der Sowjetstern erlischt oder nicht!! —

Stalin will — das ist nunmehr dokumentarisch beweisbar —

an Stelle des internationalen Kommunismus einen russischen Sozialismus setzen,

mehr sogar noch: **er will die Revolution beenden und den Kommunismus liquidieren!**

Demgegenüber verfischt die Opposition, deren Führer ausnahmslos Juden sind (Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Rakowski, Radek, Peterson, Smilga u. a.), nach wie vor den Gedanken des kompromißlosen Kommunismus, der bolschewistischen Weltrevolution, und hat für Rußland kein anderes Interesse, als das der Basis für die kommunistische Weltrevolution.

Stalin bedeutet Stabilisierung.

„Die Opposition will die Weltrevolution in Permanenz."

Oder:

„Stalin und die Seinen sind so in Wirklichkeit — **russische Nationalisten**

(auch wenn sie vom internationalen Bolschewismus reden — um billige außenpolitische Hilfe zu haben!) —

Trotzki und die Seinen sind und bleiben — **marxistische Internationalisten.**

Propagandisten der Weltrevolution, denen Rußland nur die Basis für das Vorantreiben dieser kommunistischen Weltrevolution ist." —

Es ist gerade an dieser Stelle nötig, erneut auf die ungeheuer wichtige Erscheinung aufmerksam zu machen, daß die gesamte Führerschaft der Opposition Juden sind, und zwar sowohl in Rußland (Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Rakowski), wie in Deutschland (Ruth Fischer, Maslow, Scholem), die ihrer Rasse zufolge ohne Verbundenheit mit dem russischen, deutschen usw. Volk sind und daher ihrer Rasse zufolge **Internationalisten** sind!

Während auf der anderen Seite Stalin der typische Nationalrusse ist, Kaukasier, 1879 in Gori bei Tiflis geboren und — wohl als einziger führender Revolutionär der Vorkriegszeit nie aus Rußland herausgekommen ist, die in Genf oder Paris Asylzuflucht gesucht hat. Und neben Stalin Rykow, Kalinin und die anderen — alles Russen, so wie in der KPD. heute die Deutschen Höllein, Könen u. a. mehr nicht im Vordergrunde stehen (obwohl hier der Prozeß noch nicht so weit fortgeschritten ist, wie gerade in Rußland)." —

Weiterhin:

„Stalin und die Seinen — darüber besteht nach den neuesten hier auszugsweise wiedergegebenen programmatischen Aeußerungen und folgerichtigen Handlungen kein Zweifel mehr — sind willens und imstande, die Weltrevolution" zu sabotieren und ihr die Erfüllung ihres eigentlichen historischen, fast möchte ich sagen, metaphysischen „Sinns" zu geben:

„Die Befreiung des russischen Bauern durch Erteilung von Eigentum —

und die Abwerfung des geistigen Joches Westeuropas durch das — im tiefsten Wesen asiatische — Russentum!"

Trotzki und die Seinen wollen demgegenüber die Weitertreibung der kommunistischen Weltrevolution; ihnen ist Rußland und das russische Volk gleichgültig, der russische Bauer ein Feind; sie kennen nur die internationale Arbeiterklasse, das „internationale Proletariat" und sehen mit dem Entsetzen des verliebenden Spielers, daß die organische Natur ihre talmudistischen Theorien und Konstruktionen über den Haufen wirft.

Vergebens beschwören sie die russische Arbeiterschaft: Sowjetrußland kann nur gehalten und gerettet werden, wenn das internationale Proletariat sich wieder eine wirkliche kommunistische Internationale und eine wirkliche kommunistische Parteiführung in der russischen Partei schafft" — vergebens — denn dieses russische Proletariat, die russische Arbeiterschaft, steht einstimmig hinter dem Russen Stalin, der das russische Bauerntum heranzieht und „Ruhe und Ordnung" schafft und für Rußland sorgen will — nicht für irgendein Europa oder China oder Südafrika! —

Ueber die **russische Außenpolitik** wird mit einem Beispiel (Zarenschulden) gesagt:

„Bekanntlich hat die bolschewistische Revolution die Zarenschulden (ebenso wie die Kerenski-Schulden) durch das Dekret vom 28. Januar 1918 mit Stumpf und Stiel annulliert. Es war dies ohne Zweifel der heftigste Schlag, den der Bolschewismus dem Kapitalismus zugefügt hatte, ein Schlag allerdings, der sich zwangsläufig aus dem Kommunismus ergeben mußte, in der gewissermaßen überhaupt das A und Z dieses Kommunismus war und ist. In dem nämlichen Augenblick, als der Kommunismus anerkannt, eine kontinuierliche Zinsleistung an die Weltfinanz aber nicht zu rechtfertigen ist, wird erklärt, in die Pflichten dieser Zinsleistung aus dem Regime vor dem Umsturz einzutreten, in diesem Augenblick ist nicht nur dieser Umsturz in einem wesentlichen Teil wieder aufgehoben, sondern es ist durch diese Tributanerkennung auch die innerliche Niederlage des Kommunismus vor dem Kapitalismus besiegelt. —

Das mag gewiß im Interesse einer russischen Politik liegen. —

Dem Interesse des marxistischen Kommunismus schlägt es — tödlich — ins Gesicht! —

Gerade deshalb ist es von ungeheurer Wichtigkeit, daß Stalin in seinem mehrfachen Referat auf dem 15. Parteitag ausdrücklich die Bereitwilligkeit Sowjetrußlands aussprach, die alten Zarenschulden anzuerkennen und die Zinsleistungen aufzunehmen, wenn an Rußland gleichzeitig neue Kredite bewilligt werden. —

Die stalingläubige (er verfügt über die große Rubelkasse!) „Rote Fahne" bringt darüber in Folge 288 vom 8. Dezember folgenden wörtlichen Bericht:

„Die (Grundlage unserer Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern besteht in der Zulassung des Nebeneinanderbestehens zweier entgegengesetzter Systeme. In der Praxis hat sich das vollkommen bewährt (!! Der Verf.). Einen Stein des Anstoßes bilden zurzeilen (!) die Schulden- und die Kreditfrage. Unsere Politik in dieser Beziehung ist klar. Sie beruht auf der Formel: „Gibst du, so gebe ich". Gibst du Kredite zur Betruchung unserer Industrie, so bekommst du einen gewissen Anteil an den Vorkriegsschulden, die wir als Zuschlagszinsen für Kredite betrachten. Gibst du nichts, so bekommst du nichts." —

Dieser Sandpunkt ist die glatte Liquidierung des Kommunismus, der nicht nur den Kapitalismus als gleichberechtigtes System neben sich anerkennt, neben dem er ausgezeichnet auskommt, sondern dem er sich unterwirft, unterwirft in der Aufnahme und Verzinsung neuer Kredite, doppelt unterwirft in der Anerkennung und Verzinsung alter Kredite, die er selbst nie empfangen hat und deren Annullierung einst eine seiner wesentlichsten Leistungen war.

Mit dieser Anerkennung hat Stalin dem Kommunismus nunmehr auch den ideologischen Nährboden entzogen und den Tod des Kommunismus eingeleitet." —

Man kann über die krankhafte Sucht, Juden aufzustöbern, ruhig zur Tagesordnung übergehen, wie auch darüber, Trotzki, der sich heute noch darauf beruft, ein Vater der Nep, und dadurch des heutigen Stalinkurses zu sein, als den Internationalisten zu feiern, so bleibt noch genügend klar bestehen, daß hier in der Tat eine Gesinnungsverwandtschaft vorliegt, die den russischen „Kommunismus" in ein genügend charakteristische Licht rückt. Wenn diese Tatsachen denkenden revolutionären Arbeitern nichts neues sind, so sollte man doch glauben, daß die Arbeiter der KPD. endlich einmal darüber nachdenken sollten, wohin die Reise — schon gegangen ist.

Vor zehn Jahren

Zur Erinnerung an die bayerische Räterepublik.

Die bayerische Räterepublik begann als Farce, Sie endete als Tragödie. Fratzenhaft lächerlich war ihr Anfang, aber dahinter verbarg sich ein historischer Sinn. Sie war der Abschluß einer Etappe der deutschen Revolution, der in Berlin bereits im Januar erreicht worden war. Aber sie war nicht einfach die Wiederholung der Berliner Januartage. Nicht umsonst auch für das bayerische Proletariat hatte die deutsche revolutionäre Arbeiterklasse in schwerer Kämpfen ein Vierteljahr lang revolutionäre Erfahrungen gemacht. Illusionen waren zerstört. Die politischen Parolen waren klarer, die revolutionäre Wille der Arbeiterschaft gefestigt, die revolutionäre Taktik zielsicherer geworden. Auch die Gegenrevolution hatte gelernt und sich gestärkt. So mußte der Kampf in Bayern neue Formen entwickeln, auf beiden Seiten stärkere Kräfte ins Treffen führen und gewaltigere Dimensionen annehmen als irgendwo vorher.

Die bayerische Räterepublik ist nicht von den Kommunisten, den damaligen entschiedenen Verfechtern des Rätegedankens, geschaffen worden. Sie war das Produkt regierungssozialistischer Verlegenheiten und Intriguen, anarchistischer Donquichotterie und unabhängiger Gelegenheitspolitik. Sie entstand nicht in dem Lande, wo die hohe Entwicklung der Produktivkräfte und Klassengegensätze den Klassenkampf auf die Spitze getrieben, sondern in einem Lande mit überwiegender agrarischer Produktion in den Händen einer wohlhabenden Bauernschaft. Selbst die wenigen Großstädte Bayerns haben nur wenig Großindustrie. Die Räterepublik mußte diese Unzulänglichkeit widerspiegeln in der Art ihrer Entstehung. In ihr konnten die Kommunisten nur ein verfehltes Unternehmen sehen. Aber die Dialektik des geschichtlichen Prozesses zwang die Arbeitermassen zur Aktion und damit auch dazu, die Kommunistische Partei zur Uebernahme der Macht. Sie kam diesem historischen Zwange nach in der Erkenntnis, daß es — einmal an die Macht gekommen — ihre Aufgabe sein mußte, die kommunistischen Ziele so weit als irgend möglich zu fördern, damit nach ihrem Sturze in den tatsächlichen Verhältnissen und in den Köpfen der Arbeiterklasse ein möglichst großer und unveräußerlicher revolutionärer Gewinn blieb. Im Kampfe mit ungeheuren Widerständen, im Kampfe besonders gegen die Jämmerlichkeit im Verrat in der Arbeiterschaft selbst hat sie diese Politik verfolgt. Sie hat aus der Situation herausgeholt, was diese geben konnte. Was als Abenteuer begonnen wurde zum ersten großartigen Versuch, auf deutschem Boden die Diktatur des Proletariats mit all ihren Konsequenzen durchzuführen.

Die bayerische Räterepublik wurde Anfang April 1919 auf Betreiben der rechten Sozialdemokratie begründet. Die Ermordung Kurt Eisners, des Führers der bayerischen USP. und damaligen Ministerpräsidenten, hatte eine ungeheure Empörung in der Münchener Arbeiterschaft ausgelöst. Die Rechtssozialisten verloren täglich mehr Boden unter den Füßen. Ihr letzter Coup war die Ausrufung der Räterepublik, auf die die Unabhängigen unter Führung Tollers und Anarchisten, wie Landauer und Erich Mühsam voller Ahnungslosigkeit hineinfielen. Der Zweck dieses sozialdemokratischen Manövers, das die ehrlich linken, aber unklaren Köpfe der USP. und der Anarchisten nicht durchschauten, war ein doppelter: einmal sollte die gefährlich ansteigende revolutionäre Welle innerhalb der proletarischen und übrigen werktätigen Massen Bayerns durch das Scheingebilde einer Räterepublik zum Stillstand gebracht werden. Um die Entwicklung dieser Massen zum Kommunismus abzubrechen gab man ihnen eine Art von Ersatzkommunismus, in der Form dieser Räterepublik, die in Wahrheit eine Karikatur der proletarischen Diktatur und der Sowjets darstellte. Zum andern spekulierten die sozialdemokratischen Führer darauf, die revolutionäre Avantgarde des Proletariats in eine ausweglose Situation hineinzumanövrieren. In dieser Beziehung ähnelte die Gründung der bayerischen Räterepublik dem Beginn der Berliner Januarkämpfe, die durch die Ebert, Scheidemann, Noske durch ihre Mordmanöver provoziert wurden, der war die Methode des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann und seiner Handlanger weitaus raffinierter. Auf eine kurze Forme gebracht, lautete sie: man gründet eine Räterepublik, um sie und mit ihr die revolutionäre Arbeiterschaft niederschlagen zu können.

Das entscheidende Problem, das sich für die Kommunisten gegenüber dieser bayerischen Räterepublik ergab, war jedoch keineswegs die Bewertung dieses Scheingebildes selbst. Hier gab es damals in jenen Tagen nie Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Kommunisten. Mit Recht enthüllten sie unter Levinés Führung die Komödie, die hier auf dem Rücken der Arbeiterklasse teils von bewußten, teils von nichtsahnenden Werkzeugen der bürgerlich-sozialdemokratischen Konterrevolution gespielt wurde. Aber die Schwierigkeit für die Kommunisten lag darin, insbesondere für ihre Taktik, daß mit dem vorübergehenden Abreiten der Regierung Hoffmann, mit freiwilligen Auflösung des kapitalistischen Staatsapparates der Weg für die unmittelbare revolutionäre Aktion der Massen gleichsam von jeglichem Hindernis befreit wurde, während andererseits die Voraussetzungen für eine nicht bloß vorübergehende Machtergreifung fehlten. In einer solchen Situation konnten sich die Kommunisten nicht nur auf eine rein propagandistische Rolle beschränken, konnten sie sich nicht nur mit der Kritik an der räterepublikanischen Komödie und Unabhängigen und Anarchisten begnügen. Sie mußten, und das war hier wie überall der entscheidende Punkt für die Herausbildung einer selbständigen revolutionären Politik, ihrerseits diejenigen Aktionen der Masse auslösen und führen, die dem Reifegrad des Proletariats und den objektiven Möglichkeiten der Situation entsprachen.

Die Münchener Kommunisten lösten diese Aufgabe, sie bewaffneten die Arbeiterschaft, sie schufen militärische Organisationen der Großbetriebe und eine feste Betriebs-Organisation. Zugleich aber warnten sie die Arbeiterschaft vor jeder Illusion über den Charakter der sogenannten Räterepublik. Da erfolgte am 13. April 1919 der gegenrevolutionäre Putsch der republikanischen Schutztruppen. Ein Teil der bisherigen Mitglieder der Räteregierung wurde verhaftet und aus München entführt. In München selbst entspann sich zwischen der Arbeiterschaft und den gegenrevolutionären Truppen der Kampf. In diesem Kampf mußten die Kommunisten die Führung der Massen zur Abwehr der Konterrevolution übernehmen, nicht um die Scheinräterepublik zu verteidigen, sondern um die Arbeiterklasse und ihre realen Machtpositionen, die bewaffnete Großbetriebe usw., zu sichern. Dem Kampfe der Arbeiter schlossen sich Teile der Garnison an. Während in einzelnen Gegenden die Kommunisten die Arbeiter über die Vorgänge aufklärten, gelangen es an anderer Stelle, die Weißgardisten zurückzudrängen. Parlamentäre der Arbeiter, die die Bahnhofsbesatzung zur Niederlegung der Waffen veranlassen wollten, wurden von den Weißen ermordet. Darauf erfolgte von seiten der Arbeiter der allgemeine Angriff auf den Bahnhof, der mit großer Energie durchgeführt wurde. Nach schwerem Kampf wurden die Weißgardisten hinausgeworfen, die übrigen Abteilungen der Republikanischen Schutztruppe, die im Luitpold gymnasium, der Stadtkommandantur usw. stark befestigte Plätze inne hatten, ergaben sich, ohne Widerstand. Die Kämpfe hatten etwa 70 Opfer, Tote und Verwundete, gekostet.

Der Putsch der Konterrevolution war abgeschlagen, das bewaffnete Proletariat war Sieger geblieben. Aber die Masse war nunmehr in Bewegung, ihr Wille zur Anwertung des Sieges über die Gegenrevolution war gegeben. Die Kommunistische Partei konnte sich diesem revolutionären Willen der Arbeiterklasse unmöglich entgegenstellen. Sie mußte, während die erste Räteregierung abtrat, die Macht übernehmen. Die zweite Räterepublik unter der Führung der Kommunisten, unter Eugen Levinè an der Spitze, war kein Scheingebilde irgendeines Konventikels mehr, sondern war das geschichtliche Produkt des revolutionären Kampfes der Arbeiterschaft von München, die sich gegen den Putsch der sozialdemokratisch-bürgerlichen Konterrevolution verteidigt, diesen Angriff auf ihre Machtpositionen abgeschlagen, die Konterrevolution zum Teufel gejagt und somit die proletarische Macht mit der Waffe in der Hand konstituiert hatte.

Die damalige Zentrale der Kommunistischen Partei und die

An einer taktischen Frage, die mit der damaligen Verschmelzung der „Entschiedenen Linken" zusammenfiel, fanden einige von der „Entschiedenen Linken" zur KAP. gestoßene bolschewisierte „Proletarier den Angelpunkt, um in die KAPD. erst einmal „revolutionäre Grundsätze" zu tragen. Die Partei hat diesen Elementen die Tür gewiesen und einen der Hauptschreier als einen Desperado in der Arbeiterbewegung entlarvt. Darauf ging ein kleiner Teil KAP.-Mitglieder mit, um ein ganzes Jahr hindurch die Partei und die Union von außen her mit den übelsten Methoden zu bekämpfen. Die Partei hat abgewartet, bis diese Leute, die unbelastet von jedem politischen Verantwortungsgefühl gegenüber der Organisation gehandelt haben, die Unhaltbarkeit ihrer Lage eingesehen hatten, weil auf der Plattform, daß mann selbst ein ehrlicher Proletarier, die anderen aber Lumpen seien, keine neue Organisation aufgebaut werden kann. Die Partei stellte auch, als man an sie das Ersuchen um Wiedervereinigung richtete, die prinzipielle Frage nach der Verantwortung der Spaltung der Organisation, weil sie auf der Grundlage des Sumpfes, der gegenseitigen Amnestie keine Wiedervereinigung feiern konnte. Da hier eine klare Antwort nicht zu erhalten war, und einige der früheren Parteigenossen ihren „Kampfgefährten", den Desperado Kurt Schmidt, als Ehrenmann reklamierten, brach der Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin durch eine prinzipielle Resolution die Beziehungen zu dieser Opposition ab. Die einsichtigen Genossen, die begriffen hatten, daß ihre Handlungen den Grundsätzen der Partei entgegengesetzt waren, kehrten zur Partei zurück. Während die Partei fest blieb, um so vor dem Proletariat zu demonstrieren, daß die KAPD. mit dem syndikalistischen Sumpf nichts zu tun hat, der links von der reformistischen Arbeiterbewegung sein Leben fristet, glaubte der Reichsausschuß der Union „taktisch klug!" zu sein, die Opposition ohne Bedingungen wieder in die Union aufnehmen zu müssen, einschließlich derer, die sich mit dem vom Reichsausschuß selbst als Desperado gebrandmarkten Schmidt solidarisierten **und einschließlich des Desperado selbst.** Diese opportunistische Lösung wurde von dem Gedanken getragen, Schmidt selbst im Laufe der Zeit „abzustoßen". Der Spruch eines proletarischen Gerichts gegen Schmidt wurde ignoriert, so so durch dessen Eintritt und rehabilitierten somit den, den sie vordem brandmarkten. Ein solches Spiel hielten wir für nicht nur höchst bedenklich sondern für absolut verwerflich. In einer Organisation, wo man so rasch vom Desperado zum Ehrenmann wird, ist es kein Wunder, wenn das Spiel einmal umgekehrt kommt. Diese Methoden lassen jeden Ernst an dem eigenen Urteil vermissen, lassen sogar deutlich erkennen, daß diese Strategen, die nach jenen Methoden verfahren und nicht davor zurückschrecken, ein Urteil, an dem sie selbst mitwirkten und daß gesprochen werden mußte, um das gesamte Proletariat vor einem Schädling an der Arbeiterbewegung zu warnen, um sich bei einer kommenden Gelegenheit wieder mit dem erst Gebrandmarkten zu verbinden — gegen Genossen, denen die proletarische Moral keine Phrase ist. Man wird einwenden, daß der Beschluß nur durch die „kluge Taktik" im Laufe der Zeit „abgeschüttelt" wurde. Darauf aber kommt es nicht an. Die zurückgekehrte Opposition war nicht zu überzeugen, daß das Urteil der Partei gerecht war und auf der letzten Reichskonferenz hat ein Berliner Delegierter noch provokatorisch ausgerufen — der eifrigste Kämpfer an der Seite von Schmidt —, daß die Partei diesem nichts „bewiesen" habe; folglich auch die Union nicht. Der Reichsausschuß nahm auch diese Provokation ohne Widerspruch hin. Er hatte alle Hände voll zu tun, um gemeinsam mit denen, die sich offen oder versteckt mit den Freunden Schmidts solidarisieren, gegen diejenigen vorzugehen, die eine solche Grundsatzlosigkeit mit Recht anprangerten. Auf derselben Linie liegt auch eine Adresse des Reichskonferenz, die sich an die „Räteorganisation" richten soll, einen Zirkel anarchistelnder Kleinbürgeer in Charlottenburg, dem Rest der früheren Opposition. Angesichts der so deutlich sprechenden Tatsachen braucht man sich über die Methode, andere Zeitungen mit Material über die „himmelschreienden Zustände in der KAP." und von einem „sauberen Redakteur der KAZ." zu versorgen, nicht wundern, wenn man bedenkt, daß die Körperschaften es ablehnten, von diesen Methoden abzurücken, sondern erklärten, daß man das „verstehen" könnte. Man macht sich das sehr leicht und schließt die Genossen, die eine solche Lumperei als unfaire Methode bezeichnen, einfach aus. Die Mitglieder wurden darüber nicht befragt, auch nicht der Unterbezirk, in dem der Genosse Mitglied ist. Eine von der Reichskonferenz beauftragte Untersuchungskommission konnte trotz tagelanger Arbeit keinen Ausschluß fertig bringen. Die Reichskonferenz desavouierte ihre eigene Kommission und schließt aus. Das dokumentiert, daß der Ausschluß schon vorher beschlossene Sache war. Die Berichterstatter

fragen, ob für die Union in Lejpzig kein anderer Delegierter als ein Betriebsfremder aufzutreiben war.

Der Opportunismus ist oft die Begleiterscheinung der revolutionären Bewegung und gegen ihn darf es gerade heute kein Erbarmen geben. Es kommt gar nicht so sehr darauf an, ob diese Körperschaften diese Union vollends in Grund und Boden wirtschaften oder nicht, sondern darauf, daß von geistig unfruchtbaren Leuten der große Gedanke des Handelns der Arbeiter aus eigener Kraft nicht unheilvoll diskreditiert wird. Die Partei muß auch dann, wenn die Union zu einer Karrikatur herabsinken sollte, die ganze Wahrheit aussprechen, ohne nur einen einzigen Moment den Kampf um wirkliche Betriebsorganisationen aufzugeben. Damit im Zusammenhang allein kann die Frage wieder neu, klar und eindeutig gestellt werden, um auch über die Frage von Partei und Union, Taktik der Union, Organisationsgrundsätze usw. immer von neuem Klarheit zu schaffen. Das soll in den folgenden Nummern versucht werden.

Ueber die wirtschaftliche und politische Lage

Wir geben hier einen Auszug des Referats wieder, das ein Parteigenosse auf der Reichskonferenz der AAU. hielt, um einer falschen Berichterstattung — wie dies in Berlin zu verzeichnen war — vorzubeugen. Red. d. KAZ.

Das revolutionäre Proletariat muß sich dauernd und in jeder Situation die ökonomische und politische Lage, in der sich jeweilig die Kapitalistenklasse befindet, vor Augen führen. Dazu ist vor allen Dingen notwendig, sich eine genaue Analyse der Bedingungen der Reproduktion des Kapitalismus zu verschaffen. Entscheidend hierfür ist der Verlauf und Ablauf der Akkumulation. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist es im Gegensatz zu den früheren Wirtschaftsordnungen eine ökonomische Notwendigkeit, einen Teil des Profits zu akkumulieren. Diese Notwendigkeit zwingt es zu einer dauernden dynamischen Gestaltung der Wirtschaft, die nicht zuläßt, daß die Wirtschaft stehen bleibt. Sie ist immer von einer Umwälzung zur anderen. Daraus, resultiert der ihr eigentümliche Krisenzyklus, welcher wiederum in Form und Ablauf dem Stand der organischen Entwicklung des Kapitals angepaßt ist.

Die kapitalistische Entwicklung hat infolgedessen zu einer immer größeren Ausweitung der Produktion geführt, die sich in der Form der Industrialisierung des gesamten Wirtschaftslebens vollzog. Zur Durchführung des Absatzes dieser sich dauernd steigernden Produktion war wiederum eine entsprechende Ausdehnung des Absatzmarktes erforderlich. Das Kapital schaffte sich ihn durch Expropriierung der nichtkapitalistischen Schichten und durch Einbeziehung der noch nicht vom Kapitalismus erfaßten Gebiete in den kapitalistischen Raum. Aus der Erkenntnis des Verlaufes der kapitalistischen Akkumulation kam Rosa Luxemburg zu der Auffassung, daß der Kapitalismus als Voraussetzung seiner Weiterentwicklung stets nichtkapitalistischen Raum zur Verfügung haben muß, weil sonst eine Realisierung des akkumulierten Mehrwertes nicht möglich sei. Sie geht sogar so weit, daß sie eine Akkumulation im reinen Kapitalismus für ausgeschlossen hält.

Um sich nun zur Realisierung des Mehrwertes als des Ertrages dieser Akkumulation nichtkapitalistischen Raum zu verschaffen, muß der einzelne kapitalistische Staat aktiv imperialistisch werden, d. h. er muß versuchen, diesen nichtkapitalistischen Raum sich, wenn notwendig, auch mit Gewalt zu sichern. Es begann damit der Kampf um die sogenannte Teilung der Welt. Je stärker die industrielle Entwicklung eines Landes ist, umso stärker ist auch sein Expansionsdrang. Dieses Moment hat dazu geführt, daß Lenin geradezu die aus der Konzentration der Produktion sich entspannende Monopolbildung als eine notwendige Voraussetzung für die Aktivierung des Imperialismus hält. In seiner Schrift „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus", Seite 79, gibt er die Definition, daß der Imperialismus das monopolistische Stadium des Kapitalismus ist. Kolonialpolitik mit monopolistischer Beherrschung ist für ihn das Charakteristikum. Ohne Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolismus kann er sich den Imperialismus nicht vorstellen.

Die Erfahrung des Weltkrieges hat aber gezeigt, daß die Monopolbildung und die damit verbundene Herrschaft des Finanzkapitals, entstanden aus der Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital, nicht den ausschlaggebenden Faktor für den Kampf der europäischen Nationen gegeneinander gebildet hat. In Deutschland fand sich die monopolistische Entwicklung im Anfangsstadium. Die Wirtschaft hätte offensichtlich noch einen gemischt handwerklich industriellen Charakter. In England und Frankreich war es überhaupt noch nicht zu Monopolbildungen in einem wesentlichen Umfang gekommen. Dies zeigt sich für uns am klarsten, wenn wir den jetzigen Stand der Entwicklung dagegen halten. Selbstverständlich kommt der Imperialismus nur dann zum Ausbruch, wenn die kapitalistische Wirtschaft schon eine ziemlich hohe Stufe erreicht hat, durch deren Stand für den Augenblick oder für die Zukunft eine Expansion notwendig erscheint. Es ist also begrifflich die Erreichung der Monopolstufe keine Voraussetzung für den Imperialismus.

Im Gegensatz zu Rosa Luxemburg, welche den Kampf um die Aufteilung der Erde, d. h. Kampf um den nichtkapitalistischen Raum als den imperialistischen Kampf zusammenfaßte, sagt Lenin, daß auch der Kampf um den kapitalistischen Raum zum Begriff des Imperialismus gehört, weil er nicht nötig hat, wie Rosa Luxemburg sagt, daß der gesamte akkumulierte Mehrwert im nichtkapitalistischen Raum realisiert werden muß (vgl. R. L. Akkumulation des Kapitals, Seite 330.) Deshalb definiert Sternberg den Begriff des Imperialismus bei Rosa Luxemburg ganz richtig als den Einbruch in den nichtkapitalistischen Raum.

Für Rosa Luxemburg muß daher die vollzogene Aufteilung der Erde ohne weiteres das letzte Stadium des Kapitalismus bedeuten, in der Konsequenz teilt auch Lenin auf Grund seiner Stellung zum Monopolismus ihre Erkenntnis. Aus dem Monopolismus folgert er in Verbindung mit der durch ihn vorzenommenen Verteilung der Welt, daß der Imperialismus als Ueberganskapitalismus oder richtiger als sterbender Kapitalismus charakterisiert werden muß (Lenin a. a. O., Seite 112). Die Monopolherrschaft führt zur Oilmiarchie. Deshalb bezeichnet er diese Phase wieder als „parasitären oder sich zersetzenden Kapitalismus" (Lenin a. a. O., S. 110). Nach ihm endet der Imperialismus im Rentnerstaat oder Wucherstaat, dessen Bourgeoisie von Kapitalexport und Kuponabschneiden lebt. Diese Ansicht von Lenin ist durch die historische Entwicklung, die der Kapitalismus in der Nachkriegszeit genommen hat, restlos widerlegt. Gerade das Land, in dem die Konzentration des Kapitals und die Monopolbildung die stärksten Fortschritte gezeigt hat, die USA. weist heute die größte und technisch vollkommenste Industrie auf. Ihre Bourgeoisie hat im letzten Jahrzehnt einen ungeheuren Kapitalexport nach der gesamten übrigen kapitalistischen Welt organisiert. Mit den von ihr hergestellten Fertigprodukten überschwemmt sie den ganzen Weltmarkt. Sie richtet überall neue Produktionsstätten. Jeder Pfennig Kapital setzt sich in Produktion um. Nirgends ist ein Anzeichen einer Entwicklung zum parasitären Rentnerstat zu entdecken. Die Monopolbildung führt nicht zur Verhinderung, sondern zu einer ungeheuren Steigerung der Produktion. Die Konzentration des Kapitals hebt nicht den Konkurrenzkampf auf, sondern intensiviert ihn. Die Höhe der industriellen Entwicklung ist der Maßstab für die imperialistische Krise. Das industrielle Weltrisiko entspricht dem militärischen Weltrisiko in der Vorkriegszeit. Mit dem Industrieapparat, nicht mit dem Massenheer, wird der Kampf um die Weltzeitung geführt. Der technische und der chemische Krieg sind der Ausdruck des Industriekampfes. Die bessere technische Rüstung entscheidet.

Der Monopolkapitalismus ist also kein sterbender Kapitalismus. Er ist nicht parasitär. Er bedeutet vielmehr den Höhepunkt der kapitalistischen Entwicklung und damit gleichzeitig auch seinen Umschlag. Seine Entwicklungsmöglichkeiten führen zu einer steilen Höhe der Produktionskapazität, während sich im selben Maßstab die Absatzkämpfe und damit die inneren Gegensätze verschärfen.

Der Rentner- oder Wucherstaat, dessen Urbild Lenin zu dem kapitalistischen Frankreich der Vorkriegszeit sah, ist bei der sich mehr verschärfenden Spannung zwischen den imperialistischen Staaten und der zu ihrer Austragung notwendigen Industrieführung eine völlige Unmöglichkeit. Ein Rentnerstaat würde sich einfach das Todesurteil für seine imperialistische Zukunft selbst aussprechen. Der Kapitalismus stirbt nicht, weil der Monopolismus ihn zu einer parasitären Erscheinung macht, sondern weil der Monopolismus mit seiner Konzentration des Kapitals die Krise nicht als Heilprozeß mit sich bringt, sondern als Verschärfung der an und für sich schon durch das Mißverhältnis von Produktionskapazität und Absatz krisenhaften Zustandes. In ihm ist die Ueberproduktion ein chronischer Zustand, der sich aus doppelten Gründen immer weiter verschärft. Die Notwendigkeit, die Rationalisierung wegen der scharfen Konkurrenz auf dem Weltmarkt als einzige Möglichkeit den Profit zu erhalten, in sich immer mehr steigernDem Tempo durchzuführen, führt zu einer sich ständig wiederholenden Freisetzung von Arbeitskräften. Auf der anderen Seite wird durch die restlose Durchführung der Konzentration des Kapitals der nichtkapitalistische Raum sowohl im Binnenmarkt wie auf den noch freien ausländischen Absatzmärkten von Tag zu Tag geringer. Der nichtkapitalistische Raum schrumpft also ständig zusammen, während der Bedarf am nichtkapitalistischen Raum infolge der fortwährenden Erhöhung der Produktionskapazität dringlicher wird. Je mehr sich die Weltwirtschaft der Form des reinen Kapitalismus nähert, um so stärker treten naturgemäß die Gegensätze auf. Am charakteristischsten für diese Verschärfung ist die Absperrung des Weltmarktes durch außerordentlich hohe Schutzzölle. Der Schutzzoll hat nicht wie in der Vorkriegszeit die Aufgabe, die noch nicht entwickelte Industrie eines Landes gegen die stärker entwickelte Industrie des Auslandes zu schützen, sondern jetzt sollte er die entwickelte Industrie in ihrem Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte durch die Reservierung des Binnenmarktes unterstützen. Der Schutzzoll ist sozusagen Kampfzoll um den Absatz auf dem Weltmarkt geworden.

Die Freihandelsbewegung, die in der Vorkriegszeit die Sehnsucht aller mit dem Handels- und Fertigfabrikationskapital verbundenen Schichten war, existiert heute überhaupt nicht mehr. Selbst die parlamentarischen Arbeiterparteien sind heute in der Praxis protektionistisch. Die deutsche Sozialdemokratie bewilligte Agrarzölle und schafft hohe Schutzzollmauern, durch die die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen unzehnen herabgesetzt wird. Sie muß zu diesen Mitteln greifen, weil dadurch allein die Existenz des nationalen deutschen Kapitals gesichert wird, obwohl sie noch hunderte von Millionen aus allgemeinen Steuergeldern an den sonst so gehaßten Großgrundbesitz ausliefern muß. In England ist die Haltung der Labour-Party nicht anders. Die Macdonald-Regierung hat ebenfalls die Idee eines englischen Imperialismus weitgehendst gefördert. Sie war dazu gezwungen, weil sich gerade in England am schärfsten die Auswirkungen der Entwicklung der Kolonialländer zu Industrieländern gezeigt hat. In der Kriegszeit sind die einzelnen englischen Kolonien wirtschaftlich selbständig geworden. Ihr einheimisches Kapital nimmt die Durchkapitalisierung des Landes vor. Die Abhängigkeit vom Mutterlande wird immer geringer, was sich auch äußerlich in dem zurückgehenden Kapitalexport zeigt. Die englische Industrie war aber auf den Absatz in den Dominions eingestellt. Es fehlte ihr nun dieser ungeheure Absatzmarkt. Die Folge davon war, daß gerade England die stärkste Arbeitslosigkeit aufzeigte, zumal die Durchkapitalisierung insbesondere durch Zerstörung (Expropriierung) des mittleren und kleineren Besitzes vor allen Dingen in der Landwirtschaft weit über den europäischen Durchschnitt erfolgt war. Schließlich kam noch hinzu, daß infolge der Rationalisierung der Besitz der Rohstoffgebiete nicht in dem Maße wie in der Vorkriegszeit von entscheidender Bedeutung für die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte ist.

Durch die Rationalisierung können die Produktionskosten um das Vielfache verringert werden, während der Unterschied im Preise der Rohstoffe für die besitzenden und nichtbesitzenden Staaten im Verhältnis zu der Möglichkeit der Reduzierung durch verfeinerte Produktionsmethoden gering ist. Daraus erklärt sich im übrigen auch die Tatsache, daß der jeweilige Stand des industriellen Produktionsapparates für die imperialistische Schlagkraft von größerer Bedeutung als der Besitz von Kolonialgebieten ist. Es soll damit nicht gesagt sein, daß der Besitz von Rohstoffgebieten keine Bedeutung mehr hat, sondern nur, daß sich seine Bedeutung verringert hat. Dies beweist auch das Anwachsen des deutschen Imperialismus, auch heute wieder, der auch ohne jedes Kolonialgebiet eine außerordentlich mächtige Position einnimmt, zumal da es das deutsche Kapital ausverstanden hat, sich durch Einstellung auf Ersatzstoffe von den ausländischen Rohstoffen in erheblichem Maße unabhängig zu machen. Ueberhaupt besteht heute die Tendenz, die ausländischen Rohstoffe, wo immer es geht, die Möglichkeit zum Sturz des Feudalsystems, zur Entwicklung des Kapitalismus gaben, nach Möglichkeit auszuschalten. Zu dieser Methode gehört auch die sogenannte innere Rationalisierung, d. h. die vervollkommnete Ausnutzung der in den Rohstoffen liegenden Möglichkeiten. Wenn heute z. B. die Weltproduktion der Steinkohle dieselbe Höhe wie in der Vorkriegszeit aufzuweist, so ist dies zwar infolge besserer Ausnutzung ihres Heizwertes. An die Stelle der Baumwolle ist die Kunstseide getreten, die fast ausschließlich aus in Europa vorkommendem Material hergestellt wird. Sogar die heutige kurze Mode mit ihrem bedeutend geringeren Verbrauch an Rohmaterial ist, wenn auch nicht ausschließlich, eine Folge der inneren Rationalisierung. Eine Tonne Baumwolle in der Vorkriegszeit und eine Tonne Baumwolle heute, stellt eine vollkommen verschiedene Menge von Fertigprodukten dar.

Diese innere Rationalisierung haben wir augenblicklich nur vom Standpunkt der Ausschaltung des Bezuges von ausländischen Rohstoffen betrachtet. Es ist noch notwendig, sie vom Standpunkt der mit ihr verbundenen Produktionserweiterung zu analysieren. Dies wird im Zusammenhang mit anderen Problemen in einem nächsten Artikel erfolgen.

Aus der Jugendbewegung

Die Organisation der Arbeiter-Jugend in Holland

Die Organisationsverhältnisse der holländischen Jugendarbeiterschaft zeigen ein verworrenes Bild kraftloser Annahme der Ideologie der älteren „Schwesterparteien". Der große Mangel, den fast alle Jugendorganisationen haben, kein selbständiges Leben und nur Treiben auf Kräften von außen ist in den Kreisen der holländischen organisierten Jungarbeiter überragend. Damit sind auch die Organisationen wertlos, denn die Organisation der Arbeiter ist eine Ideologie innerhalb derselben sind nicht treibende Kräfte der Jungarbeiter selbst, sondern nur ein blasses Nachahmen kaum verstandener „Wahrheiten". Soweit wenigstens die Arbeiterjugend Wahrheit sucht. Am stärksten findet man das Ringen um Wahrheiten bei der bürgerlichen Jugend, die unbefriedigt von den alten Formen der bürgerlichen Lebensweisheiten, neue Formen sucht, was ihr dann auch wohl gelingt. Leider sind es nur andere Formen, der Inhalt ist wie vorher. Diese bürgerliche Jugendspielerei braucht nicht erwähnt zu werden, wenn nicht auch viele Jungarbeiter in die Netze der anscheinend radikalen Ideologie flögen, welche sich meistens ausgibt als „frei-religiös", oder „revolution.-religiöser" Anarchismus, oder ähnliches. Die wirklich bürgerlichen Elemente verlieren ihren Hang nach „Anarchismus" mit der Gewinnung einer fundierten Stellung. Die Arbeiterelemente aber verharren in der neuen Kirche und bilden den reaktionärsten Teil der Arbeiterschaft.

Nur die sozialdemokratische Jugend wetteifert mit ihnen mit Phrasen wie: Friede, Entwaffnung, Gewaltlosigkeit usw. um die Krone der Reaktion.

Die sozialdemokratische Jugendorganisation ist wohl die bedeutendste und wird von den alten Bonzen mit großer Liebe gehütet. Hier bildet man die künftigen Wähler und in dieser Qualität haben sie alle Aufmerksamkeit der regierungsfähigen Ministerialisten. Eine eigene Ideologie oder politische Einsicht fehlt völlig und ihre Tätigkeit beschränkt sich auf Volkstänze, Wandern und Demonstrieren mit der rosa-roten Fahne.

Aber gerade in letzter Zeit zeigt sich bei den Jungsozialdemokraten in der AJC. (Arbeiter-Jugend-Zentrale) ein oppositioneller Flügel, der hauptsächlich seine Ursache hat in den schroffen Gegensätzen zwischen Ideologie und Tat der sozialdemokratischen Partei, welche nebst ihrer eigenen Partei-Opposition auch eine schwache Jugendopposition hervorgerufen hat.

Gerade wie die KPH. durch schmeichelhaftes Anbiedern die oppositionellen Elemente der SDAP. an sich zu ziehen versucht, so versuchen die kommunistischen Jungarbeiter die oppositionelle AJC.-Elemente für sich zu gewinnen. Ohne viel Erfolg. Denn der „Communistische Jeugdbond" zeigt wohl das abschreckendste Beispiel kraftloser Annahme von allem, was von oben, in diesem Fall von Moskau kommt. Schon wieder gerade wie die KPH. führt der CJ. ein kümmerliches Dasein, das nur von einem widerwärtigen Heldenkultus gefüllt wird. Es ist Rußland, Lenin, Stalin usw. vorne und hinten.

Eine revolutionäre Jugendarbeiterorganisation ist in Holland nicht vorhanden und kann kaum sein, weil die revolutionäre Bewegung in Holland überhaupt sehr schwach ist. Die wenigen revolutionären Jungarbeiter in Holland haben ihren Weg zu den Gruppen der internationalen Kommunisten gefunden, oder stehen in festen außerorganisatorischen Beziehungen zu diesen Gruppen, an der Gesamtarbeit, woran sie voll beteiligt sind.

Eine getrennte Organisation der revolutionären Arbeiterjugend kommt für sie in Holland nicht in Betracht, weil die Kampfaufgaben für Jünger und alte Arbeiter nicht verschieden sind, und in ihren Kreisen der Unterschied zwischen „jungen" und „alten" Arbeitern mit Beziehung zur Organisation nicht klar ist. Wem ein junger, Genosse Einsicht und Klassengeist und Kampfeswillen besitzt, ist Arbeit genügend für ihn vorhanden Fehlt aber einem jungen Arbeiter Einsicht, Geist und Wille, wofür soll man ihn dann organisieren. Oder soll eine Jugendorganisation eine Organisation Einsichtsloser sein?

Revolut. Jungarbeiterorganisation hat wenig Zweck in Holland. Die revolutionären Jungarbeiter werden sofort zur „großen" Arbeit herangezogen. Und das kommt uns auch ganz zu vor. Ein Teil ihrer Arbeit ist natürlich unter Jungarbeitern, aber das spricht ganz für sich, und dazu sind die jüngeren Genossen auch am besten imstande.

Mit dem Erwachsen des revolutionären Geistes der holländischen Arbeiterschaft, wird auch die Aufmerksamkeit der Jungarbeiter für den Kampf ihrer Klasse zunehmen. Die Zeichen des Aufwachens sind in Holland vorhanden, Zwar wartet noch harter Kampf gegen die reformistische Tradition, die noch festen Grund in der Ideologie der holländischen Arbeiterschaft hat, aber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter wird immer schwerer. Arbeitslosigkeit, Lohnabbau und weiterschreitende Rationalisierung führen die Ausbeutung auf eine immer höhere Stufe und nicht am mindesten haben darunter die Jungarbeiter zu leiden.

Von der Organisation der Jungarbeiter durch die Gewerkschaften soll hier nicht die Rede sein. Hier wie irgendwo dasselbe Bild internationaler Arbeiterdegeneration. —

Eingegangene Druckschriften

Joh. Becher — Kurt Kläber — Fritz Rück, Kampigenoß. (Verlag der Jugend-Internationale. Berlin 1929.) 144 Seiten. Preis 2,50 Mk.

Walter Riese, Die Unfallneurose. (Hippokrates-Verlag, Stuttgart-Leipzig-Zürich, 1929.) 261 Seiten. Preis 8,50 Mk., Groß-Oktav.

F. Panlerow, Die Genossenschaft der Habenichtse. (Verlag für Literatur und Politik, Berlin 1929.) 436 Seiten. Broschiert 4.— Mk., geb. 6.— Mk.

Max Hoelz, Vom weißen Kreuz zur roten Fahne. (Malik-Verlag, Berlin 1929.). 392 Seiten. Kart. 2,80 Mk. geb. 4,80 Mk.

30 neue Erzähler des neuen Rußland. (Malik-Verlag, Berlin.) 620 Seiten. Kart. 5,50 Mk., geb. 8.— Mk.

Fritz Wilfels, Die Welt ohne Zuchthaus. (Hippokrates-Verlag, Stuttgart-Leipzig-Zürich, 1928.) 286 Seiten. Broschiert 5.— Mk., Leinen 7.— Mk.

Technik für Alle — Monatshefte für Technik und Industrie. Heft 1, April 1929. 20. Jahrgang. Vierteljährlich 2,25 Mk. pro Heft 0,75 Mk. (Dieck & Co. — Franckhs Technischer Verlag, Stuttgart.)

Der Beamte — Vierteljahrshefte für Beamtenrecht und Beamtenpolitik. Herausgegeben von Albert Falkenberg. 1. Vierteljahrs- 1929. Jährlich 10.— Mk., vierteljährlich 2,50 Mk. (Verlag des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes m. b. H., Berlin W 35.)

Bücher-Ecke

Freidenker-Literatur.

Bakunin, Freidenkertum	brosch.	1.— M.
Brown, Kommunismus und Christentum	geb.	3.— „
Corvin, Pfaffenspiegel	geb.	3.— „
Fereal, Geheimnisse der Inquisition	geb.	4.— „
Ferch, Zölibat	kart.	1,75 „
Flörke, Das Kirchentum	geb.	3,50 „
Hanel, Thron und Altar ohne Schminke	kart.	1,50 „
Sommer, Geschichte der Religionen, 4 Bde.	brosch.	3,90 „
Wendel, Die Kirche in der Karikatur	geb.	3.— „
Die Klöster der Christenheit	geb.	2,50 „

Moderne Sexualwissenschaft.

Hirschfeld, Empfängnisverhütung	brosch.	1,25 M.
Hodan, Bub und Mädel	kart.	2,60 „
— Geschlecht und Liebe	geb.	11.— „
— Sexualeleud und Sexualberatung	geb.	14.— „
Lazarsfeld, Erziehung zur Ehe	brosch.	2,30 „
Nemilow, Die biologische Tragödie der Frau	brosch.	2,50 „
Rühle-Gerstel, Sexual-Analyse	kart.	3,50 „
	geb.	5.— „
Richter, Die in ihre Hände fallen	kart.	3,20 „
Winter, Abtreibungsgesetz	kart.	3,50 „
— Abtreibung oder Verhütung der Schwangerschaft	brosch.	—,50 „

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiterliteratur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Hamburg-Barmbeck.

Dienstag, den 16. April 1929, abends 8 Uhr,

öffentlicher Diskussionsabend

bei Eckelmann, Bartholomäusstraße 1. Arbeitsausschuß.

Für den Pressefonds gingen im März ein: Weiß, 17. Bez., 20.—, Kraft, 14. Bez. 20.—, O. F. Wriezen 1.—, Fritz 10.—, Strübing 8.— Mk.

Herausgeb. und f. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N. Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isadonat, Berlin O 17.

10. Jahrg. Nr. 16

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 20. April 1929

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. „Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Wahlen in Sachsen

In Sachsen rollt wieder einmal jenes ergötzliche Schauspiel ab, daß geradezu zu einer Anprangerung dieser Komödie anreizt. Der Sächsische Landtag wurde am 28. Oktober 1926 neu gewählt. Die Sozialdemokratie focht nachträglich die Wahlen an, weil sie nach einer Bestimmung getätigt wurden, welche besagt, daß jede Partei, die sich an den Wahlen beteiligt, dreitausend Mark Kaution stellen müsse, die verfallen, wenn die Partei keinen Kandidaten durchbringt. Die Sozialdemokratie gab zu dieser „Maßnahme gegen die Splitterparteien" damals ihre Zustimmung. Sie hoffte, so stark ins Parlament einziehen zu können, daß ohne sie nicht regiert werden kann. Aber sie hat sich geirrt. Die „Altsozialisten", als Zünglein an der Wage, entschlossen sich zu einer Koalition bis zu den Deutschnationalen, und die Sozialdemokratie blieb in Opposition. Und das ging doch nicht!

Nun hat das Reichsgericht die Wahlen für „ungültig" erklärt — aber die Gesetze, die auf Grund dieser „ungültigen Wahlen" zustande kamen, galten natürlich! Kann es eine noch drastischere Beweisführung darüber geben, daß das ganze Theater um den „Wahlkampf" nur eine elende Mache ist, um das „Volk" in dem Wahn zu erhalten, daß es durch seinen Stimmzettel „Macht" ausübt, während hier klar dokumentiert wird, daß die „Handlung" des „Volkes" doch für ungültig erklärt, und für gültig erklärt wird, was die ungesetzliche Regierung bis heute tat. Göttliche Komödie!

Dieser eindeutige Anschauungsunterricht wird jedoch übertönt von all den Parteien, die dort wieder einmal um das „Wohl des Volkes" kämpfen. In Sachsen sind bekanntlich die „linken" Sozialdemokraten dominierend. Sie haben bis vor kurzem noch ganz laut über den Panzerkreuzerkurs des Parteivorstandes geschrien, und in aller Breite auseinandergesetzt, daß dieser Kurs der Sozialdemokratie der Kurs wäre, der 1914 das Proletariat in Tod und Grauen jagte. Sie haben breit und lang dargetan, daß dem Proletariat eine Wiederholung dieser Tragödie erspart bleiben müsse und haben sich als diejenigen vorgestellt, die die Gewähr dafür bieten, daß die Sozialdemokratie nicht von neuem diesen Weg beschreite. — Aber nun stehen die Wahlen vor der Türe. Und gewählt werden nicht Personen, sondern Kandidaten von Parteien. Die Sozialdemokratie, die bekanntlich den Panzerkreuzerkurs nie verließ, die im Reichstag offen von den „Landesverrätern" in Sachsen abrückte und erklären ließ, daß es sich da um einige Leute handele, die in der Partei gar keinen Einfluß hätten und denen man in Magdeburg schon die Plötentöne beibringen werde — diese Sozialdemokratie kandidiert in Sachsen als Partei und wird von denen, die sich dort so links gebärdeten, und die man als politische Kinder abschüttelte, ohne Kritik auf den Schild gehoben. Kein Wort mehr von „Differenzen". Der Schlachtruf lautet:, Es lebe die völkerbefreiende Sozialdemokratie!" Die „Prinzipien" wandern in den Schreibtisch. Der Parlamentarismus fordert sein Recht. Mit dem Stimmzettel werden die Grundsätze totgeschlagen, um des „Erfolges" willen. Das Ende: Trotz aller „linker" Phrasen die unbedingte Unterstützung des Panzerkreuzerkurses. Die „Linksheit" ist dazu absolut notwendig. Wenn ein Konkurrent einhakt, kann man den „Linken" markieren, und so den offiziellen Kurs noch wirksamer unterstützen. Parlamentarismus ist eben die Knochenerweichung des Klassenkampfes. Jeder parlamentarische Sieg kündet nur das fortschreitende Stadium dieser Knochenerweichung.

Die KPD. hat auch in Sachsen ihre Reihen gesäubert, aber ihre Position ist dadurch nicht besser geworden. Die Brandler-Fraktion sticht von hinten, und sie ist in bezug der Ausbeutung des parlamentarischen Aberglaubens der KPD. immer um eine Nasenlänge voraus. Der alte Heinrich macht in „Einheitsfrontaktik". Die Brandlerianer haben die KPD. eingeladen, mit ihnen gemeinsam der SPD. ein „Arbeiterprogramm" unter die Nase zu halten und sie vor die Wahl zu stellen, dieses „Arbeiterprogramm" zur Grundlage einer kommenden Arbeiterregierung zu machen. Um diesen Preis sollte dann eine Einheitsfront gebildet werden, und die KPD. und Brandlerianer verpflichten sich, diese „Arbeiterregierung" zu unterstützen. Wenn die SPD. ablehnt — welch bessere Entlarvung kann es wohl geben?

Da nun die KPD. „ultralinks" segelt, hat sie den Brandlerischen Plan — den alten Plan der KPD. — abgelehnt, und die Brandler-Fraktion muß sich damit begnügen, die KPD. zu „entlarven". Aber — so müssen wir uns belehren lassen — es wird wenigstens, wenn auch in lächerlich kleinem Ausmaß, „kommunistische Politik" getrieben. Sie besteht darin, der SPD. etwas zuzumuten, woran man erstens überzeugt ist, daß die SPD. es ablehnt. Sie besteht zweitens darin, etwas zu fordern, wozu die Brandler und Konsorten schon einmal Gelegenheit hatten, es als Minister einer „Arbeiterregierung" in Sachsen selbst durchzuführen. Und als es so weit war, da hat sich Herr Böttcher, der Finanzminister, damit begnügt, den Arbeitslosen „billige Fische" zu verkaufen, damit die Abfindung mit dem sächsischen Königshause, denen diese Arbeiterregierung Millionen in den Rachen zu werfen bereit war, nicht gestört wurde. Die KPD. als Partei hat damals diese Sachen gewußt und abgelegnet. Die Herren „Arbeiter-Regierungs-Minister" haben sich gegenüber der Bourgeoisie so brav verhalten, daß man sie ungeschoren ließ, während Tausende von Proletariern um die Ecke gebracht wurden, weil sie den Kohl der Brandler und Konsorten ernst genommen haben. Diese Herrschaften wagen heute davon zu reden, daß sie berufen sind, „kommunistische Politik" zu treiben, und dokumentieren so, daß der dummfrechste Gauner der beste Parlamentsstratege sein kann. Zumindest ist aber ohne diese Skrupellosigkeit keine parlamentarische Politik möglich.

Weil die Brandler und Co. die geriebeneren Gauner sind, sind sie in der Tat für die KPD. gefährlich. Die KPD. steht so zwischen zwei Feuern. Die SPD. verspricht im Grunde genommen gar nichts. Sie faselt viel von Wohlfahrt und Glück, und Hilfe für die Armen, wenn sie eben in entsprechender Stärke „gewählt" wird. Und welcher Mensch wäre nicht so einfältig, auf so harmlose Art einen Zipfel von der besagten Glückseligkeit zu ergattern? Die unpolitische, niedergetretene Masse fällt immer auf solche Spekulationen herein. Sie will keine Aufregung mehr, will den ruhigen „Weg zum Glück".

Und die Brandler „wollen" etwas konkretes. Sie stellen ein ganzes Bündel Forderungen. Sie spekulieren auf die, denen der allgemeine Brei der SPD. nicht mehr genügt. Sie spekulieren auf den „parlamentarischen Radikalismus". Das ist ungefähr sinngemäß wie unblutiger Krieg, oder ein kämpfendes Hasenheer. Die SPD. beutet die unpolitische Einfalt aus, und die Brandler die politische Einfalt. Aber sie zielen mit ihrer Taktik auf Massen, die die ausschlaggebende Rolle bei dem parlamentarischen Rummel spielen.

Es sei dahingestellt, ob die SPD. „gewinnt", oder die Brandlerianer ein Mandat durchbekommen. Jedenfalls hängt die KPD. in der Mitte ohne jede parlamentarische Position. Sie wird von der Stimmung ihrer eigenen Anhänger, denen sie Scheinkonzessionen machen muß, auf ein Gleis geschoben, wo sich ihr Parlamentarismus in seinen eigenen Phrasen auflöst. Vielleicht, daß bei diesen Wahlen trotzdem noch ein groß Teil gefühlsmäßig eingestellter Proletarier ihren Protest irgendwie zum Ausdruck bringen wollen, und angesichts der Tatsache, daß sie von der SPD. nichts mehr erhoffen und die Nase von der „Einheitstaktik" voll haben, ihre Stimme der KPD. geben, trotzdem sie wissen, daß auch das Blödsinn ist. Das wird letzten Endes die dämmernde Erkenntnis nicht aufhalten können, daß der ganze parlamentarische Rummel lediglich eine Frage politischer Geschäftsmacher ist, keine Angelegenheit des Proletariats.

Die Angelegenheit des Proletariats ist, darüber nachzudenken, daß die Dinge bereits wieder beginnen, über es hinauszuwachsen. Seine Lebenshaltung sinkt, die Ausbeutung steigt. In Paris berät man ganz offen, wie man noch besser Riemen aus seiner Haut schneiden kann, um das Defizit des letzten großen Weltverbrechens zu decken, und ein neues vorbereitet. Da hilft kein Theater mehr, kein „Sieg" im luftleeren Raum. Da hilft nur der Wille, als Klasse das große Ganze endlich zu begreifen zu begreifen, daß der Kapitalismus von unten auf aus den Angeln gehoben werden muß im Kampf der Massen in den Betrieben durch die revolutionären Räte; und daß alle parlamentarischen Auguste nur die Kräfte des Proletariats von ihrer ureigensten Aufgabe ablenken und zersplittern.

Der 1. Mai im Zeichen der Demokratie

Wenn die Proletarier in „Friedens"zeiten am 1. Mai demonstrierten, dann beseeligte sie das Gefühl, die Kräfte ihrer Klasse zu sammeln zum Sturm gegen die kapitalistische Ordnung. In diesem Willen ertrugen sie die fanatischen Maßregelungen; sie hofften ihre Kräfte zu mobilisieren zu dem Zweck, die Herrschaft der kapitalistischen Ausbeutung zu brechen.

Es ist anders gekommen, als sie gedacht. Mit der „Umwertung aller Werte", mit der Verwandlung der Qualität in die Quantität wurde auch dem Mai jener „moderne Sozialismus" eingepumpt, wie er so landläufig geworden ist. Der erste Mai ist zu einem demokratischen Fest geworden, zu einer Verhöhnung des Inhalts, den er einmal hatte.

Am ersten Mai 1929 herrscht der Belagerungszustand, und er wird verhängt von jenen, die selbst diesen Mai „feiern". Sozialdemokratische Minister und Polizeipräsidenten haben die Finger an den Hebeln der kapitalistischen Staatsgewalt, die nicht anders wirken kann, als zur Niederhaltung der Lohnsklaven, damit der Profit blüht. Das ist in einer Ordnung der Lohnarbeit und der Ausbeutung nicht anders möglich; und erst recht nicht anders möglich, wenn diese „Ordnung" durch ihren eigenen Widersinn immer mehr Proletarier hindert, ihre Arbeitskraft zu verkaufen; wenn Arbeitslosigkeit, Elend, Ausbeutung ins Unermeßliche und Unfaßbare steigen. Es ist ein Unsinn, zu glauben, daß der Belagerungszustand sich gegen etwas an